

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Der Kampf geht fort!

In der Koalitionspresse herrscht eitel Jubel und Freude, die sich geradezu in ekstatischen Burzelbäumen äußert. Die Ursache dieser Ausdrücke gesteigerter Gefühlsregung ist die im Dunkel der gestrigen Nacht im Abgeordnetenhaus in erster Lesung vollzogene Annahme des Gesetzes zum Schutze der Republik. Nun ist nur noch die Formalität der zweiten Lesung zu vollziehen und die Beschlussfassung im Senat, wonach das dauernde Ausnahmegesetz dem Bestehenden der tschechoslowakischen Gesetze einverleibt sein wird. Von allen Blättern ist es das tschechisch-sozialdemokratische „Pravo Lidu“, das am lautesten seiner Freude Ausdruck gibt. Vor Begeisterung läuft es förmlich Amok. Ein Sieg der Republik, so überschreibt es seine Freudentafeln, in denen es den „großen Sieg der Republik gegenüber allen ihren Feinden“ überschwänglich feiert. Nun glauben die edlen Koalitionsherren den ihnen drohenden Untergang aufgehalten, die Entwicklung zur wirklichen Freiheit gehemmt zu haben. Das Mittel scheint so wunderbar einfach: man fabriziert eine Anzahl drakonischer und ausleuchtungsähnlicher Paragrafen, durch die Unrecht und Gewalt in „Recht“ verwandelt wird und alle Schmerzen weichen, alle Sorgen sind gebannt, alle Probleme gelöst. Und die Hauptsache: die Mandate, wie die Erhaltung der heutigen Mehrheit sind gesichert. Das ist der große Königsgedanke, der die Regierer bei der Verfertigung des Gesetzes leitete und dessen scheinbares Gelingen jetzt in ihrer Publizistik Paroxysmen des Entzückens weckt.

Man hat es sich abgewöhnt, von den Machthabern Einsicht und Vernunft zu erwarten. Man weiß auch, obwohl ihre eigene Vergangenheit und ihre eigene Geschichte ihnen Lehrmeisterin sein müßte, daß sie aus der Geschichte nichts gelernt haben und daß es daher vergeblich wäre, sie darauf zu verweisen, wie fündlich-töricht ihre Hoffnungen sind, das Rad der Zeit mit Gesetzesparagrafen aufhalten zu wollen. Nein, sie, die in ihrer Verblendung und Armut an politischen Gedanken, ebenso wie in ihrer Impotenz, mit demokratischen Mitteln die Probleme des Staates zu lösen, die Lehren der Geschichte ablehnen, werden, auch wenn man mit Engelszungen zu ihnen spräche, nicht begreifen, wie schädlich, verderblich und nutzlos zugleich ihr Beginnen ist. Umjomehr werden dies jene Bevölkerungsschichten begreifen, gegen die das Gesetz gerichtet ist, das ist vor allem die Arbeiterklasse! Sie wird, wenn die Reaktion jetzt auch noch so fest im Sattel zu sitzen scheint, nicht erschrecken und nicht den Mut verlieren. Sie weiß, daß das Gesetz vor allem gegen sie gerichtet ist, aber darum wird sie sich doch nicht ins Bodshorn jagen lassen. Sie wird weder vor Drohungen zurückweichen, noch ihre Wachsamkeit und ihren Widerstand durch besänftigende Gesten, wie sie am Mittwoch der Minister des Innern betätigte, einschläfern lassen. Herr Malypetr beteuerte, es gehe um kein Verfassungsrecht, um kein Gesetz, das arbeiterfeindlichen Charakter trage, sondern nur um die „unentbehrliche Obfolge zum Schutze des Staates“. Man braucht nur einen einzigen Blick in die Bestimmungen des Gesetzes zu tun, um zu verstehen, was es mit diesen Betenerungen für eine Bewandnis hat. Daß Herr Malypetr in dem Gesetze keinen Zug von Arbeiterfeindschaft entdecken will und den Arbeitern zuredet, das Gesetz als nicht gegen sie gerichtet anzusehen, ist begreiflich und kann als Liebesdienst für die tschechischen Sozialdemokraten geschätzt werden, die natürlich wegen der stetig gewordenen tschechischen Arbeiter eine Rechtfertigung und Beschönigung des Gesetzes gerne vortragen hören. Herrn Malypetr's Reden erinnern an den bekannten graulichen Witz, in dem erzählt wird, der Scharfrichter habe dem Delinquenten freundlich-järllich zugeredet, sich doch die Schlinge um den Hals legen zu lassen, denn es tue gar nicht weh. Die Arbeiterschaft weiß, was sie von solchen Beschönigungen zu halten hat, aber sie wird und darf ihr Vertrauen und ihren Glauben in den endlichen Sieg des Rechtes gegen-

Ablehnung der Laufanner Vorschläge in Angora

Angora, 7. März. (Havas.) Die große Nationalversammlung beschloß, den vorgeschlagenen Laufanner Friedensvertragsentwurf für unannehmbar zu erklären, da er mit dem Nationalpakt im Widerspruche steht. Sie lehnte alle Verantwortung für den Fall ab, daß die Mächte auf der Annahme des Orientvertrages nach dem Geiste und dem Buchstaben beharren würden. Die große Mehrheit der Nationalversammlung hat die türkische Regierung ermächtigt, ihre Bemühungen fortzu-

führen, den Frieden unter folgenden Bedingungen durchzusetzen: Die Mosulfrage, welche äußerst wichtig ist, soll bis zu einem bestimmten Zeitpunkt, die finanziellen, wirtschaftlichen und Verwaltungsfragen sollen in Uebereinstimmung mit der vollen Unabhängigkeit des türkischen Volkes geregelt, die okkupierten Gebiete sollen möglichst rasch nach Unterfertigung des Friedens geräumt werden.

Ein vereiteter Putschplan in Bayern.

Berlin, 7. März. (Eigenbericht.) Heute vormittags wurde in München amtlich verlautbart, daß die Polizei einem Putschplan von rechts auf die Spur gekommen sei. Einer der Verhafteten, Rechtsrat König soll sich das Leben genommen haben. Obwohl die offiziellen Darstellungen nachzuweisen suchen, daß es sich um unpolitische Persönlichkeiten handelt, scheint es klar zu sein, daß die vaterländischen Verbände bei dem Putschversuch eine große Rolle spielen. Als Beteiligte werden der frühere Ministerpräsident Raab und Graf Bothmer genannt. Man wollte zuerst

in Bayern die Monarchie wieder einführen und von da aus die Reaktion über ganz Deutschland ausdehnen. — Leider besteht keine Aussicht, daß die bayerische Regierung diesem Treiben, dessen Gelingen unter den gegenwärtigen Umständen die Zerrümmung Deutschlands bedeutete, energisch entgegenzutreten wird. Erfreut sich doch auch der Reichstagspräsident der größten Toleranz. Rücksichtslos ist man in Bayern nur gegen Links. So haben heute die bürgerlichen Landtagsparteien beschlossen, den Kommunisten Eisenberger zur strafrechtlichen Verfolgung wegen Landesverrat freizugeben.

Wieder ein Arbeiterpartei in England gewählt.

London, 7. März. (Reuter.) Bei der Ergänzungswahl in Edgely (Liverpool) hat die Regierung eine weitere Niederlage erlitten. Das Mitglied der Labour Party Hayes erhielt 10.300 Stimmen, während der Konservative Hills, Sekretär des Schatzamtes, nur 9.250 Stimmen auf sich vereinigte.

London, 7. März. (Tsch. P.) Die Niederlage Major Hills hat in politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Die Blätter schreiben, es sei allgemein angenommen worden, daß Edgely ein sicherer Sitz der Regierung sei. In der parlamentarischen Geschichte gebe es kein Beispiel dafür, daß drei Mitglieder der Regierung unmittelbar hintereinander bei Ergänzungswahlen geschlagen wurden. Diese Lage werde eine ernste Prüfung durch das Kabinett erfordern. Das Ergebnis von Edgely wurde im Unterhause bekannt, als über einen Antrag der Arbeiterpartei abgestimmt wurde. Unter den Mitgliedern der Arbeiterpartei herrschte große Begeisterung, die sich in lauten Rundreden äußerte. Die „Daily News“ sagt, diese Niederlage habe im Unterhause wie eine Bombenexplosion gewirkt. Es verhalte sich von selbst, daß der Verlust von Edgely die Schwierigkeiten der Regierung noch beträchtlich vermehrt habe.

Die Bedeutung dieser dritten Niederlage der Regierungspartei innerhalb ganz kurzer Frist stellt noch die interessanten Umstände in den Schatten, unter welchen der zweite Durchfall erfolgt ist. Als erster unterlag der Konservative, Unterstaatssekre-

tär Stanley, der in Willemsen von einem Liberalen geschlagen wurde, sein Schicksal teilte ein Weibchen später der Wohlfahrtsminister Griffith-Boscawen, den ein Arbeiterpartei mit Zweidrittelmehrheit besiegte. Beide Wahlhandlungen kamen dadurch zustande, daß Regierungsmitglieder auch Abgeordnete sein müssen und für beide können also Wahlkreise freigemacht werden, in denen sie kandidieren konnten. Der Durchfall des Wohlfahrtsministers, den namentlich sein Kampf gegen das Kloster-Schutzgesetz zur Strenge brachte, ist umso interessanter, als in seinem Wahlkreis Wiltshire bisher überhaupt die Labour-Party nicht kandidiert hatte. Aber die ganze Bedeutung der letzten Wahlergebnisse, denen sich noch eine vierte für die Regierung ungünstige Nachwahl in Whitechapel anreicht, erfährt man erst bei der Erwägung, daß alle Wahlschlachten mit der Parole „Intervention oder Neutralität im Ruhrstreite“ geführt wurden. Und jedesmal hat sich die Wählerschaft dahin entschieden, daß ihre das passive Beiseitestehen Bonar Law's nicht zuzusetzt. Das parlamentarische System Englands wird die Regierung, nun sie so viele deutliche Winke der Bevölkerung erhalten hat, vielleicht doch nötigen, ihre Stellung zum europäischen Hauptproblem einer Überprüfung zu unterziehen, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß die Vertagung, die Bonar Law für den Antrag Ramsay MacDonald's vorgestern noch durchgesetzt hat, der letzte Sabotageakt der englischen Entente-freunde am Versuch eines Wiederaufbaues Europas bleiben wird.

über der Gewalt nicht verlieren. Die Ehrlichkeit gebietet das Eingeständnis, daß der parlamentarische Boden allein nicht ausreicht, um den unerhörten Anschlag der Reaktion abzuwehren. Die politischen, parlamentarischen und polizeilichen Machtmittel der Regierungsparteien sind zu groß, als daß es der Opposition im Parlament hätte gelingen können, die Beschlussfassung über das Gesetz zu verhindern. Das vermag nur gewissenlose Demagogie oder völlige Unkenntnis der tatsächlichen Machtverhältnisse zu leugnen.

Dennoch wird die Hoffnung, mit diesem Gesetze die Freiheit und Demokratie in diesem Staate dauernd in Fesseln schlagen zu können, schamhäftig zerschanden werden. Alle Ausnahme-gesetze, mochten sie wie immer geartet sein, haben noch immer das Gegenteil von dem bewirkt, was die Absicht ihrer Urheber war. Es wird gewiß nicht ohne Opfer abgehen: sicher werden sowohl dem Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft, wie dem Ringen um Freiheit der niedergehaltenen Nationen neue Märtyrer erstehen. Aber der härtere und schwerere gewordene Kampf wird die Kräfte der Unterjochten stärken und sie unüberwindlich machen. Es ist nicht das erstemal im Verlaufe der Arbeiter-

bewegung, daß die Herrschenden durch verschärfte Zwangs- und Bedrückungsmittel der Entwicklung den Weg zu versperrten, den Aufstieg der in Bande geschlagenen Arbeiterschaft zu verhindern suchten. Die Arbeiterschaft ist schließlich doch mit diesen Feinden fertig geworden und aus jedem solchen Kampfe gestärkt hervorgegangen. Die Zeiten des Sozialistengesetzes in Deutschland sind ebensowenig vergessen, wie jene in Oesterreich, Meiternid, Bismarck, Laaffe, ihre arbeiterfeindliche Herrschaft ist zerfallen — die Arbeiterbewegung, der Sozialismus, den sie mit Gesetzesparagrafen auszurotten suchten, sind nicht nur geblieben, sondern trotz, oder gerade infolge der Unterdrückungsmethoden der Allmächtigen im Staate, emporgelblüht. In der Erinnerung an die Energie, die Fähigkeit, den Opfertum jener, die damals die Schläge der reaktionären Gewaltgehe trafen, wird die Arbeiterschaft sich aufrichten und wird unerschrocken dem Schmachgesetze schonungslossten, rücksichtslosesten Krieg erklären. Ihr könnt das Wort verbieten, Ihr tötet nicht den Geist! Die Macht des Unrechts wird an dem Widerstand der Massen, die es treffen und in Ketten schlagen sollte, zerbrechen!

Kommunistische Unehrlichkeit.

Die Kommunisten, welche keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu versuchen, ihr rumpontiertes Ansehen bei der Arbeiterschaft aufzupolieren, haben auch die schwere Zeit des Kampfes gegen das Schutzgesetz dazu mißbraucht, den deutschen Sozialdemokraten heimtückisch in den Rücken zu fallen. Bei der Beratung des Schutzgesetzes im Abgeordnetenhaus glaubten sie den Augenblick gekommen, um wieder einmal eine große „Entlarvung“ unserer Partei herbeizuführen. Wir haben gestern bei der Berichterstattung und bei der Besprechung der Vorgänge im Parlament anlässlich der Beratung des Schutzgesetzes uns Zwang auferlegt und es unterlassen, auf die von den Kommunisten veranstaltete Komödie, ihre sogenannte „gewalttätige Obstruktion“ einzugehen, weil wir den ernststen Kampf gegen das Schmachgesetz durch die Aufzeigung der taktischen Manöverkünste der Kommunisten nicht herabwürdigend wollten. Nun sehen wir uns gezwungen, unsere Zurückhaltung aufzugeben, denn die kommunistische Presse, allen voran der Reichsdenkber „Vorwärts“, sucht in bekannter Manier unser von der unerntesten Taktik der Kommunisten abweichendes Vorgehen zu einer Lüge hebe gegen unsere Partei auszunähen. Hier zu schweigen wäre unentschuldbar Schwäche und würde bedeuten, es zu dulden, daß die Arbeiterschaft mit unrichtigen Vorstellungen über das taktische Vorgehen unserer Genossen im Parlament erfüllt werde.

Die Parlamentsfraktion der deutschen Sozialdemokraten hat an den Verhandlungen im Plenum des Abgeordnetenhauses nicht teilgenommen. Sie hat damit ihr und von den anderen oppositionellen Parteien, — darunter auch den Kommunisten — schon bei der Beratung des Gesetzes im Verfassungsausschusse befolgtes Vorgehen fortgesetzt: so wie im Verfassungsausschusse beschränkte sich unsere Partei darauf, durch den von ihr delegierten Redner die Erklärung abzugeben, daß sie an der Beratung dieses Ausnahmegesetzes in keiner Weise teilnehmen könne, da sie grundsätzlich jede Zeile, jeden Paragraphen, jedes Wort des Gesetzes verwerfe und die Mehrheit durch die Absentierung von den Verhandlungen mit der vollen Schwere der Verantwortung sichtbar belasten wolle. Im Verfassungsausschusse gaben sowohl die Deutschbürgerlichen als auch die Kommunisten eine ähnliche Erklärung ab, die gleich unseren Parteigenossen damals der Meinung waren, daß es eine Teilnahme an den Verhandlungen über das Gesetz nicht geben könne. Noch am Sonntag, den 25. Februar schrieb der „Vorwärts“: „Gleich nachdem die Opposition den Sitzungssaal des Verfassungsausschusses verlassen hatte, hat es sich gezeigt, wie recht unsere kommunistischen Abgeordneten getan haben, daß sie es abgelehnt hatten, an dieser traurigen Komödie teilzunehmen.“ Aber sogar noch bis zum letzten Sonntag befolgten die Kommunisten dem Gesetz gegenüber die gleiche Taktik, denn in der kommunistischen Versammlung auf der Sophieninsel verwarf Schmeral den Gedanken der gewalttätigen Obstruktion des Gesetzes, in der Ueberzeugung, daß die polizeilichen Machtmittel die Beschlussfassung der Mehrheit über das Gesetz nicht aufzuhalten vermögen. Das war am Sonntag, doch am Dienstag hatten die Kommunisten ihre Taktik vollständig geändert. Sie, die immer nach der Einheitsfront rufen, beeilten sich, weil sie erhofften, durch die Wahl einer anderen „schärferen“ Taktik ihren geschäftlichen Parteivorteil zu fördern, ein demonstratives Schaustück in Szene zu setzen, mit dem sie den Vogel abzuschießen erhofften. Und so arrangierte die kommunistische Fraktion, deren Führer noch am Sonntag verkündet hatte, daß der Kampf gegen das Schutzgesetz „nicht mit physischen Kräften im Parlament entschieden werden könne“, die — man kann es nicht anders nennen — Komödie ihrer Obstruktion gegen das Gesetz, deren Unernst und Unehrlichkeit, obwohl das gewalttätige Vorgehen der Parlamentswache ihnen zu Hilfe kam, doch sicher zutage lag. Den Kommunisten war, wie schon Schmeral in seiner Rede es ausgesprochen, völlig klar, daß ihrem Vorgehen kein Erfolg beschieden sein könne, aber es war ihnen eben nur wieder darum zu tun, die deutschen Sozialdemokraten zu „entlarven“, sie als die „Schwächlichen“, sich selbst als die Tapferen und Mutigen hinzustellen. Selbst wenn sie es mit dem obstruktionistischen Kampfe wirklich ehrlich gemeint hätten, so bleibt ihr Vor-

gehen doch im höchsten Grade unehrlich, denn sie waren es, die vorerst ein gemeinsames Vorgehen mit den deutschen Sozialdemokraten gegen das Schutzgesetz verlangten und dann im letzten Augenblick, ohne das Einverständnis mit unserer Partei zu suchen, sich die neue Taktik wählten.

Um die Frevoltheit dieses Vorgehens zu erfassen, muß man im Auge behalten, daß die Kommunisten selber daran keinen Augenblick glaubten, durch ihre Obstruktion werde und könne die Gesetzgebung der Schutzvorlage verhindert werden. Die Methode, deren sie sich hier bedienten, ist die von ihnen in allen politischen und gewerkschaftlichen Kämpfen seit langem beliebte: sie bestimmen die Taktik und suchen die anderen Parteien in ihre Gefolgschaft zu zwingen; weigern sich diese, dem Diktat bedingungslos zu gehorchen und die Befehle der Kommunisten als fertige Sache hinzunehmen, dann suchen sie sie vor der Arbeiterschaft des „Verrates“ zu beschuldigen. Auch diesmal ging ihr großer, so dramatisch inszenierter „Kampf“ im Parlament nur darauf hinaus, die deutschen Sozialdemokraten zu „entlarven“, obwohl sie selber wenige Stunden vorher die Unmöglichkeit auf parlamentarischem Boden auszusagen.

Und nun erwäge man angesichts der ganzen Haltung der Kommunisten während der Beratung des Schutzgesetzes, ob sich jemand finden könnte, der ihr Vorgehen ernst zu nehmen imstande wäre. Noch vor der Beratung des Gesetzes im Verfassungsausschuß waren die kommunistischen Abgeordneten dafür, durch Eingehen in die sachliche Beratung eine „Verbesserung“ des Gesetzes herbeizuführen. Sie ließen sich von dieser Absicht abbringen, als ihnen von unseren Genossen bewiesen wurde, daß das Gesetz ein Ganzes ist, daß jede Mitarbeit an ihm aussichtslos ist und daß keinerlei Verbesserungen an dem Gesetze eine wirkliche Verbesserung erzielen können. Sie entschieden sich also für die Taktik der Abstinenz an den Beratungen gleich allen anderen oppositionellen Parteien. Am Dienstag aber wählten sie die Rolle der „unerlöschlichen Kämpfer“, indem sie aus den Reihen der übrigen oppositionellen Parteien ausbrachen und Paraden inszenierten. Als nun aber fünf Kommunisten von der Parlamentswache aus dem Saal getrieben worden waren, gab Herr Kreibitz plötzlich den Befehl zum Verlassen des Saales, worauf die gesamten kommunistischen Abgeordneten sich in nicht gerade ruhmvoller Weise in die Wandelgänge zurückzogen. Aber auch bei dieser neuen Taktik blieb es nicht, denn es dauerte nicht lange und einzelne der kommunistischen Abgeordneten kehrten in den Saal zurück, denen sich auch bald die übrigen anschlossen. Und bald sahen sie, als ob nichts geschehen wäre, ruhig auf ihren Bänken und einer ihrer Redner trat eine Rede vor, gerade wie bei jeder anderen sachlichen Beratung einer Vorlage. Die Kommunisten übten nicht weiter den Frieden der Koalition, denn nun war ja ihr Hauptzweck, es den anderen oppositionellen Parteien vorzumachen, erreicht. Nachdem ihr Redner seine Ausführungen geschlossen hatte und der Abg. Dr. Czoch als Redner unserer Partei zu Worte kommen sollte, gingen die Kommunisten wieder zu den Saaltüren hinaus, um dann später noch mal zurückzulehren. Die Komödie wurde vollständig, als sie um viertel 1 Uhr nachts, knapp vor der Abstimmung, den letzten Abzug aus dem Saal veranstalteten.

Dieses ganze jämmerliche, die kommunistische Verlogenheit und Unehrlichkeit aufs ärgste brandmarkende blamable Vorgehen ihrer parlamentarischen Vertreter nehmen nun die kommunistischen Blätter zum Anlaß einer in samem Sinne gegen unsere Partei. Das „Rude Pravo“ entblödet sich nicht, zu schreiben, das es

„Eine“ (!), die deutschen und magyarischen Bürgerlichen wie auch Sozialdemokraten hätten die Versicherung erhalten, daß das Gesetz nicht gegen die Anwendung finden werde und daß sie darum durch ihr Verhalten zu „Helfern der Regierungsmehrheit“ sich machten. Und der edle „Vorwärts“ brüllt es mit fetten Letzern hinaus: „Die Kommunisten kämpften allein! Sie lassen unsere Genossen im Stich und verlassen mit den Deutschbürgerlichen den Saal.“ Wenn fette Letzern die Fähigkeit hätten, die Wahrheit ins Gerichte zu verkehren, die Kommunisten hätten längst den Siegespreis davongetragen! Aber so muß es für jeden sichtbar sein, welchem Zwecke der kommunistische Rabau diene. Es ist erlogen, daß die deutschen Sozialdemokraten die Kommunisten im Stiche ließen, vielmehr ist es Tatsache, daß die Kommunisten das einheitliche Vorgehen mit unseren Genossen geprengt haben, nur zu dem Zwecke, um das Schutzgesetz zu einem nichts würdigen Verbleibsel für sich zu benützen.

Wieder einmal zeigte es sich, daß den Kommunisten jedweder Ernst und jedes Verantwortlichkeitsgefühl abgeht. Auch beim Schutzgesetz, das die Arbeiterschaft aufs schwerste bedroht, war ihnen die Hauptsache ihr ermitteltes Parteizweck an dem Feuer der Erregung der Arbeiterschaft zu locken. Sie werden nicht verhindern können, daß die Arbeiterschaft dieses betrügerische Manöver durchschaut!

Wie sie sprechen und handeln.

Der Reichsberger kommunistische „Vorwärts“ weiß an dem Tage, da er den Lesern des Blattes über den unerhörten Gewaltakt der tschechischen Koalitionsmehrheit berichtet, nichts Besseres zu tun, als — die deutschen Sozialdemokraten anzugreifen. Auf der ersten Seite, im Titel, steht dreispaltig: „Die deutschen Sozialdemokraten in der Einheitsfront mit den Deutschbürgerlichen.“ — Sie lassen unsere Genossen im Stich... und ähnliches mehr. Um den Unerfniß und die Demagogie dieses Blattes anzuzeigen, wollen wir hier wiederholen, was der Führer der kommunistischen Partei in der kommunistischen Versammlung auf der Sophieninsel am 4. März verkündet hat, wobei wir uns an das „Rude Pravo“ vom 6. März halten. Dr. Schmalz sagte:

„Schließlich will ich vor der weitesten Öffentlichkeit über den parlamentarischen Kampf gegen die Vorlage sprechen und über unser Vorgehen, wenn die Vorlage Gesetz werden sollte. In den bürgerlichen Blättern können sie lesen, daß nach der dienstägigen Parlamentsführung die härtesten Vorwürfe der Polizeiwache ausgewählt wurden, welche angeblich in die Uniform von Parlamentsangehörigen gesteckt wurden und diese werden um jeden Preis unseren Widerstand brechen. Wofür steht die bürgerliche Presse die Arbeiter eigentlich an, wenn sie glaubt, von uns erwarten und verlangen zu können, daß wir gegen die schändliche Tat der Koalitionsparteien mit physischen Schlägen, oder vielleicht Kränzen und Beisen der ins Parlament gesteckten Angehörigen kämpfen werden? Ich erkläre: Die Mittel mit denen wir im Parlament diese Vorlage bekämpfen werden, werden der Ausdruck und die symbolische Kennzeichnung der Erregung sein, welche in den Massen herrscht. Es wäre aber vollständig unehrlich, wenn die Arbeiter auch nur eine Minute die Vorstellung hätten, daß wir die Vorlage verhindern, wenn wir mit den hineingestellten Polizisten ranzen. Der Kampf wird nicht mit solchen physischen Versuchen von uns 20, gegen die armen Leute eingeschoben, welche dafür nichts können und welche die bürgerliche und soziali-

stische Führung dorthin gesteckt hat. Wegen die Reaktionen ihrer Polizisten auslösen lassen, ihnen wird im Parlament von uns nichts geschehen. Der Kampf werden wir an anderem Orte ausfechten.

Wie man also sieht, lehnt hier Schmalz die physische Gewalt im Parlament ab, erklärt, daß das Raufen mit Parlamentspolizisten nicht eine politische nützliche Art der Bekämpfung des Gesetzes ist, daß durch eine solche Rauferei das Gesetz nicht verhindert werden kann, daß den Kom-

missionspolizisten nichts geschehen werde und daß der Kampf anderswo ausgefochten werden. Der Sprecher der Kommunisten besand sich also noch am Sonntag mit uns in völliger Uebereinstimmung, hatten doch die Kommunisten gleichzeitig mit den deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten den Verfassungsausschuß verlassen. Auch hier war die einzige Sorge der Kommunisten: „Wie kann man den deutschen Sozialdemokraten eins verlesen?“ Das genügt zur Charakterisierung dieser Partei.

Der Kampf gegen das Schutzgesetz.

Im Laufe des gestrigen Tages sind uns weitere Berichte über die von unserer Partei gemäß dem Beschlusse des Reichsausschusses veranstalteten Protestversammlungen gekommen. Der Verlauf der Versammlungsaktion, die noch nicht abgeschlossen ist, möge den Nachhabern in Prag, die mit Hilfe der ihnen blindlings ergebenen Mitglieder der Koalitionsparteien in der Dienststaggung des Abgeordnetenhauses das „Schutzgesetz“ ohne jede Rücksicht auf die Oppositionsparteien zur Annahme bringen konnten, ein Nenn-Zettel sein: die deutsche Arbeiterschaft in diesem Staate ist nicht gewillt, das Schutzesetz ruhig hinzunehmen und sie wird ihre ganze Kraft einsetzen, um der anstürmenden Reaktion einen unüberwindlichen Damm entgegenzusetzen. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterschaft, die dem Rufe unserer Partei in Massen gefolgt ist, ist die sicherste Bürgschaft dafür, daß der weitere Kampf gegen das „Schutzgesetz“ — auch nach dessen Annahme im Abgeordnetenhause — mit unzerstörbarer Kraft weiter geführt wird.

Es sind uns noch folgende Berichte gekommen:

Troppau.

Sonntag vormittag versammelte sich im „Drei-Nahnen“-Saale die Troppauer Arbeiterschaft, um gegen das Gesetz zum Schutze der Republik Stellung zu nehmen. Genosse Weiser legte in ausführlicher Weise dar, daß es just der tschechoslowakischen Republik vorbehalten geblieben ist, im 20. Jahrhundert gegen die Arbeiterschaft mit einem Ausnahmesetze vorzugehen. Würde die Arbeiterschaft die republikanische Staatsform bekämpfen, so wäre dieses Aus-

nahmesetz gerechtfertigt. So aber war und ist es gerade die Arbeiterklasse, welche schon früher, als noch keine tschechoslowakische Republik existierte, für die Errichtung der Republik, für die republikanische Staatsform kämpfte. Genosse Weiser verwies auf die große Sozialistenhat unter Bismarck in Deutschland. Das Resultat dieses Exempels sollte doch unseren furchtsamen Staatsstühlen eine Warnung sein. Das Sozialistengesetz in Deutschland unter Bismarck hat gerade das Gegenteil gezeitigt, was beabsichtigt war. Die Arbeiterbewegung ist durch die fortwährenden Verfolgungen groß und stark geworden, und als die herrschende Klasse sah, wie sehr sie sich geirrt hatte, mußte sie das Ausnahmesetz aufheben. So wird es auch bei uns der Fall sein. Die Ausführungen des Genossen Weiser wurden wiederholt mit Zustimmungsrufen unterbrochen.

Im Grulicher Bezirk.

Die sozialdemokratische Bezirksorganisation veranstaltete im Grulicher Bezirk Versammlungen in Dberlipka und Lichtenau. In diesen Versammlungen sprach Genosse Uhrner, der besonders hervorhob, daß das Gesetz zum Schutze der Reaktion dienen werde, da durch den damit geschaffenen Ausnahmezustand die Gewaltpolitik zu einer bleibenden Einrichtung gemacht werden soll. Die vom Genossen Uhrner zur Vorlesung gebrachte Resolution fand begeisterte Annahme.

Weitere Versammlungen fanden am Dienstag in Bennisch und Wagstadt statt. Ferner finden noch Protestversammlungen heute in Dberberg und morgen in Dlmütz statt.

Der deutsche Reichstag zur Ruhrbesetzung.

Die Debatte über Cunos Erklärung.

Berlin, 7. März. (Reichstag.) (Sch. B.) In der Besprechung der gestrigen Rede des Reichskanzlers erklärte der erste Redner, Sozialdemokrat Dr. David, daß Frankreich durch die brutalen Taten im Ruhrgebiete seine eigene nationale Ehre beschmütze. Es komme Frankreich nicht auf die Reparationen an, sondern auf die dauernde Besetzung des deutschen Gebietes. Mit einem Frankreich, das nur Reparationen und Ruhe will, können wir uns jederzeit verständigen. Mit einem Frankreich, das deutsche Gebiete an sich reißen will, ist eine Verständigung unmöglich. Das Anneziionsprogramm des französisch-russischen Vertrages vom Jahre 1917 zur Losreißung des Rheinlandes soll jetzt verwirklicht werden. Das deutsche Volk und die deutschen Sozialisten werden solchen Plänen entschlossen Widerstand entgegensehen. An dem französischen Imperialismus ist die deutsche Erfüllungspolitik gescheitert. Deutschland muß im Sinne der Vereinbarungen

auf den internationalen sozialistischen Konferenzen erklären, daß es den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens als moralische Ehrenpflicht ansehe. Genosse David führte gegen die Besetzung des Ruhrgebiets erdrückendes Material an. Er vertrat aber die Auffassung, daß keineswegs das französische Volk hinter dieser Aktion stehe. Ferner kam er darauf zu sprechen, daß der französische Imperialismus auch Englands Weltstellung bedrohe. Gegen Schluß seiner Rede proklamirte er nochmals das Ziel der Versöhnung und des Friedens, für das Deutschland kämpft und sprach das Vertrauen aus, daß die Brandung des Imperialismus sich am Fels der deutschen Sozialdemokratie brechen werde.

Der deutschnationale Abgeordnete Hergt erklärt, daß er bei seinem Aufenthalte im Ruhrgebiete den Sadismus der Franzosen kennengelernt habe. Seine weiteren Ausführungen werden durch Lärmen von kommuni-

Berliner Theater.

Von Felix Stößinger (Berlin).

Das Theater, das einmal alle Jugenddichtung der Zeit, den Glanz einer Idee, das geistige Können einer Epoche verkörpert hat, das die besten Köpfe mit Hoffnung erfüllte, Lessing und Schiller, Goethe und Zimmermann immer von neuem anzog, das mit einem Wort besonders Deutschland als Inbegriff aller Kultur galt, befindet sich heute in einem recht gotteslästerlichen Zustand. Wenn wir vor zwanzig Jahren Lessing, Goethe, Grillparzer, Wagner zitierten, um die Unwiderstehlichkeit theatralischer Zustände zu brandmarken, so waren die ein reines Paradies gegen das, was wir heute erleben. Die Ensembles zersprengt, Direktoren, die nicht mit Schauspielern sondern mit einem Tippfräulein und einem Solontar ihre Bühne eröffnen und für jedes Stück ein Personal neu zusammenstellen, ein System der Wandertheater, Berliner Schauspielerei, die ununterbrochen zwischen zweihundzwanzig Berliner Theatern hin und her wandern und ihre eigenen Engagementabstufungen so schlecht im Kopf haben, daß sie sich unter Umständen für dieselbe Zeit an drei Bühnen vermieten; ein Publikum, das nur für die frechen Reize von Vordellstücken Interesse hat. Dabei Not und Verzweiflung in den weitesten Kreisen der Bühne, Hoffnungslosigkeit bei jenen, die einst mit Idealen zur Bühne gingen, um Richard und Macbeth, Ror und Tasso, alte und neue Rollen mit dem Blut ihres wahren Empfindens zu erfüllen, und nun erleben, daß große Theater klassischer Dichter zu spielen sich überhaupt nicht mehr getrauen. Theater wie die Volkstheater wären heute, wenn sie nicht eine obzöne Operette in dem Hause spielten, das

einst für Werke im Stil der Dreißiger gebaut worden ist. Vor Untergang der europäischen Kultur tracht es in allen Ecken der Bühnenhäuser und die finanzielle und geistige Unsicherheit aller Theater erzeugt ein Chaos, das alle besseren Elemente von der Beschäftigung mit dem Theater als Kulturinstitut verschreckt. Die Zeiten sind für lange vorbei, daß die geistig rege Jugend zum Theater strebt, sei es als Zuschauer, Schauspieler, Kritiker. Heute pulst das Blut der Zeit durch andere Adern. Der Uebergang vom dramatischen Theater zum Operetten- und Tanztheater ist fast schon vollzogen, und die Wirtschaft der Bourgeoisie im Staat, im Handel, in der Produktion sorgt dafür, daß das Ende einer Jahrhundert alten, oft, ach, wie schönen Phantasmagorie nicht weit mehr ist.

In meinem letzten Theaterartikel hier glaube ich noch, daß die Volksbühne und das Staatstheater dieser Entwicklung am längsten Widerstand leisten werden. Ist dem noch so? Eben geht eine Notiz durch die Presse, daß der Direktor der Volksbühne an ein anderes Theater für ein Serientheater als Schauspieler engagiert worden ist. Die Volksbühne befindet sich in einer schweren Krise. Die Uebernahme eines zweiten großen eigenen Theaters, in dem das Staatstheater gastiert, ist ausgegeben. Die Mittel reichen nicht. Der Spielplan und die Aufführungen im eigenen Theater, für das Köhler als Direktor verantwortlich ist, lassen fast alles zu wünschen übrig. Und da hat dieser Direktor, der auch der erste Schauspieler seiner Bühne ist, Zeit, anderswo zu gastieren? Vielleicht, nein wahrscheinlich mehrere Monate? Freilich, die Staatstheater, die mit bestem Beispiel vorangehen sollten, leisten sich folgendes: Auf dem Höhepunkt der Spielzeit ist die Staatsoper einen halben Monat ohne Dirigenten und muß sich mit Diktatoren begnügen. Der Intendant gastiert in Spanien. Dort

hat er Gelegenheit, seinen ersten Kapellmeister Dr. Srieder zu begrüßen, der gerade auch in Spanien gastiert. Und in derselben Zeit befindet sich der andere erste Kapellmeister Leo Blech auf einer Exkursionsreise nach Amerika. In dieser herrenlosen Zeit bringt die Staatsoper den seit etwa zehn Jahren nicht gespielten Don Juan mit Hilfe eines Gastdirigenten heraus, und zwar unter solchen Umständen, daß die zweite Aufführung nach der Premiere erst nach zweiundzwanzig Tagen stattfinden kann. Dafür hat das Kulturinstitut dem Sinn der Zeit Rechnung getragen, indem es die Oper eines feindlichen Ausländers, nämlich — „Carmen“ aus Gründen der nationalen Ehre vom Spielplan absetzt!

Sind sonst Zensuren und Unterhaltungs-lust für die Aufführung der Stücke entscheidend, so wurde die nationalstische Erregung der Anlaß, aus „Wilhelm Tell“ die meistbesetzte Aufführung der Spielzeit zu machen. Die Franzosen haben den Tell im Ruhrgebiet verboten. Dann spielen wir ihn in Berlin! Vom Reichspräsidenten und seinen Ministern bis zu denen, die immer dabei sein müssen, wurde die Aufführung im Staatstheater zu einer großen nationalstischen Demonstration gestaltet. Wie gern zeigte das Publikum in den folgenden Aufführungen durch spontanen Beifall, daß es sich selbst als ein freies, schlichtes Bauernvolk empfindet, dem fremde Militaristen einen Gekrönten vor die Nase zu setzen wagen. Wilhelm Tell enthält allerdings als Werk eines nationalen Befreiungskampfes gerade wohl Freiheit, als das nationalstische Deutschland zwar haben, aber nicht auch gewähren möchte. Schiller hat alles getan, um seine Dichtung in den draven Grenzen nationaler Maßnahme zu halten. Nur keine Revolution! Nur kein Aufsehen in Weimar machen! In der Kälte will zwar Walter Fürst „abreiben verhassten Zwang“, aber „nicht ungeschützt nach dem Neuen greifen, dem Kaiser

bleibe, was des Kaisers ist; wer einen Herrn hat (nämlich Thyssen), dien ihm pflichtgemäß“. Und so verpflichtet er denn auch die Bauern, die schwerste Last, die Fronlast fortzutragen, den einen Bauer, „Oesterreich die Pflicht zu leisten“, den anderen: „Ihr fahrt fort zu zinsen und zu steuern“, den dritten: „Ihr gebt dem Kloster, was der Klosters ist“.

„Wilhelm Tell“ ist nicht nur gegen jedes Jubel an Freiheit, es ist ferner auch das Burgfriedensdrama der Literaturgeschichte. So findet denn Ruben in jeder Vorstellung stürmischen Beifall mit der sonst wenig beachteten Stelle, in der er, der Ritter und Ausbeuter, in die Hand des Bauern schlägt: „Wenn erst der Boden rein ist von dem Feind, dann wollen wir's in Frieden schon vergleichen“. Klingt das nicht in rollenden Versen so schön wie der Leitartikel des Berliner Tageblattes, daß die Unternehmer dem Arbeiter seine Haltung im Ruhrgebiet „nie vergessen“ werden? Freilich, Ruben handelt im Tell nicht wie ein Ausbeuter, sondern wie ein Schiller'scher Jüngling. Er hält Wort und Schillers Drama schließt mit der Befreiung des Bauern. „Und frei erkläre ich alle meine Knechte“. In der deutschen Wirklichkeit wird das „Nie vergessen“ der Unternehmer anders aussehen und die Literaturkritik wird von neuem beweisen können, daß Schiller kein Realist war und es auf Erden nach Ablauf des Burgfriedens anders zugeht als auf der Bühne, wenn die Sonne des Scheinwerfers ein durch alle Klassen geeintes Volk mit freudigem Lichte bezieht.

Die Aufführung war eine Wiederholung von Zehners mit Recht geköpfter Inszenierung, die das Stück auf den schnellen Ablauf einer palenden Vallade zusammenreißt und dem rührend schlichten Tell von Robert Taube, einem gutherzigen Landmann, den bis zum Sadismus

frischer Seite unterbrochen. Der Abgeordnete dankt dem Reichstag für seine gestrige mannhaftige Rede. Das Wort Erfüllungspolitik, sagt er, müßte eigentlich durch die Tatsache seine Existenz verloren haben. Seine Partei hätte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Vergeltungsmassnahmen gegen Frankreich und Belgien gewünscht. Frankreich habe den Versailler Vertrag zerrissen. In dieser schweren Zeit müsse die Autorität der Regierung unbedingt gestützt werden.

Abgeordneter Marx (Zentrum) führt aus: Angesichts der flagranten Rechtsbrüche Frankreichs bei dem Ruhrereignis muß gefragt werden, warum die übrigen Länder, vor allem England, als Mitunterzeichner des Friedensvertrages diese Vertragsverletzungen ungehindert zulassen. Wir stehen leider allein, aber wir haben mehr als früher die Überzeugung, daß das Recht auf unserer Seite und das Unrecht auf Frankreichs Seite ist.

Abgeordneter Dr. Stresemann (Deutsche Volkspartei): Kein verständiger Mensch kann einer Verständigung mit Frankreich widerstreben, aber Frankreich hat alle Voraussetzungen dafür geschlagen. Eine Vermittlung sei darum zwecklos, weil Frankreich erklärt hat, es betrachte einen jeden Versuch einer Vermittlung als feindseligen Akt. Frankreich verbreitet die Legende, Deutschland habe in Paris jetzt gar keinen Reparationsplan vorgelegt. Das ist nicht wahr. Deutschland wolle einen festen, schriftlichen Plan durch Bergmann unterbreiten, lehnte es aber ab, sich vor der Diskussion über diesen Plan auszuschalten.

zu lassen. Unser Vorschlag ist in Paris nicht einmal diskutiert worden. Der Ruhrereignis sollte eben auf alle Fälle durchgeführt werden. Jetzt müssen wir aus eigener Kraft den Abwehrkampf durchführen.

Abgeordneter Dr. Vernburg (Demokrat) sagt u. a.: Die Unterdrückung Frankreichs unter die Wilsonschen 14 Punkte war eine ungeheure Fehlleistung. Wo bleiben die Garanten des Friedensvertrages, wo bleibt Amerika?

Für die Kommunisten ergriff Frau Zeitlin das Wort und erklärte unter anderem, was für eine Demokratie die französische ist, beweist uns ihr Abkommen mit dem Faschismus. Sie hält Polen in der Rolle des Gendarmen gegen Deutschland. Wie konnte man überhaupt das Programm Wilsons ernst nehmen. Der Imperialismus kann nur überwunden werden durch das deutsch-französische und internationale Proletariat.

Der Unabhängige Ledebour sagte, jedenfalls müssen unter den gegebenen Verhältnissen alle Verhandlungsmöglichkeiten ausgenutzt werden.

Der Abg. der bayerischen Volkspartei Leicht begrüßt die Einmütigkeit in der Abwehr gegen die französische Gewaltpolitik und forderte den Reichstagler auf, hart zu bleiben.

Vizepräsident Dr. Bell schließt die Aussprache, indem er als Ergebnis der politischen Erörterung feststellt, daß Reichstag und das deutsche Volk geschlossen hinter den Ruhrkampf stehen. Das Land am Rhein und an der Ruhr müssen auf ewig deutsches Land bleiben.

Hierauf verlegte sich das Haus auf morgen.

Die Warnungen der englischen Arbeiterpartei.

Vorläufig keine parlamentarischen Untersuchungskommissionen. — Beurteilung der französischen Politik. — Für die deutsche Republik.

London, 6. März. (Unterhaus.) (Sch. P.) Heute nachmittags fand im Unterhause eine neue Erörterung der Ruhrfrage statt. Ramsay MacDonald brachte kurz nach ein Uhr den Antrag der Arbeiterpartei ein, in dem das Haus ersucht wird, zunächst die Kammer Frankreichs und Belgiens aufzufordern, je einen Ausschuss aller Parteien zu ernennen, und einen gleichen Ausschuss in Unterhause, die wegen der Besetzung des Ruhrgebietes, über die Fragen der Sicherheit und Wiederherstellung, Informationen austauschen und beraten sollen. Ramsay MacDonald erklärte, Deutschland sei heute weniger instand, Reparationen zu leisten als zur Zeit, als Frankreich in das Ruhrgebiet ging, um sie zu holen. Frankreich ein Land, das ein Abenteuer unternommen habe, ohne dessen Ende klar zu bezeichnen, leide Gefahr, eine Katastrophe zu erleben. Die französische Unternehmung habe einen immer größeren Umfang angenommen und heute befinde sich Frankreich in der Lage eines Landes, das etwas zu erreichen sucht, was es selbst nicht bezeichnen könne und das eine Reise ins Blaue hinein bedeute. Die Absicht Frankreichs, einen europäischen Block zu bilden, erkläre MacDonald als eine europäische Gefahr. Wenn Frankreich seinen Frieden mit Deutschland schliesse und England vor eine vollendete Tatsache stelle, wenn Frankreich in seinem Interesse die in Versailles geregelten Fragen wieder aufschneide und einen neuen Vertrag herstelle, ohne sich zuvor mit seinen früheren Alliierten zu beraten, könne das den europäischen Frieden schwer erschüttern. Bielworte das, was jetzt seinen Anfang nehme, schließlich mit einem Kriege endigen,

wenn nicht große Sorgfalt angewendet werde. England müsse Europa seinen Weg zeigen. England müsse versuchen, sein Bestes zu tun, um Deutschland zu veranlassen, sich zu erklären und zu sagen, was es als vernünftige Verpflichtung ansehen würde. Kein Land sei in einer besseren Lage, dies zu tun als England. Augenblicklich handle es sich nicht um die Geschichte von heute oder morgen, sondern um die Geschichte der nächsten fünfzig Jahre. Da sich zur Zeit kein Mittel fände, die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder miteinander in Fühlung zu bringen und ausfindig zu machen, was man dort über die Frage denke, habe er vorgeschlagen, mit den Kammern Frankreichs und Belgiens den Anfang zu machen. Denn er halte es für rassistisch, daß diejenigen, die schon zusammengehört hätten, sich demnächst wieder untereinander beraten. Sobald diese Beratung stattgefunden habe, hoffe er auf die Möglichkeit eines Zusammengehens, um den deutschen Reichstag zu Rate zu ziehen.

Lord Robert Cecil forderte die Regierung auf, ihre Haltung deutlich darzulegen. Er stellte es in Frage, ob die Vorschläge der Arbeiterpartei praktisch seien, wobei er erwähnte, daß der Völkerbundrat im nächsten Monate zusammentreten würde. Er sei der Ansicht, daß der Völkerbundrat unmöglich in eine solchen Lage zusammentreten könne, ohne etwas zu tun. Die englische Regierung sollte den anderen Regierungen ihren Standpunkt völlig klar machen und ihnen mitteilen, welches ihre Politik sei und was sie zur Unterstützung dieser Politik zu tun gedente.

Fisher sagte, der Tag, um Frankreich vor einer Wiederholung des Krieges zu sichern bestehe nicht in einer Zerstückelung

Deutschlands, sondern in dem Bemühen, mit dem republikanisch-demokratischen Deutschland Freundschaft zu schließen und es zu ermöglichen, daß die deutschen Bürger die Empfindung bekämen, Deutschland könne wieder ein blühender Staat werden und die Sicherheit in der demokratischen Republik liegen. Der Kurs, den Frankreich gegenwärtig verfolge, rufe in vielen Deutschen Zweifel hervor, ob sie gut daran getan hätten, das monarchistische System gegen das republikanisch-demokratische System auszutauschen. Es liege nicht nur im Interesse Frankreichs, sondern im Interesse ganz Europas, daß man der deutschen republikanischen Regierung die Hand reiche, soweit es klar geworden sei, daß die Regierung gewillt sei, ihre Verpflichtungen zu erfüllen.

Bonar Law erklärte in seiner Erwiderung, in der Politik der Regierung sei keine Veränderung eingetreten. Wir glauben in diesem Augenblicke nicht, daß ein Eingreifen nützlich sei, es würde von Frankreich als feindselige Handlung aufgefaßt werden. Wir sind nicht bereit, eine solche Handlung zu unternehmen. Die Frage der Reparationen sei keine Frage, an der nur Frankreich und Belgien beteiligt seien, es sei eine europäische Frage, an der England interessiert sei und in der es einig zu sagen habe. Die Besorgnisse, die der Einmarsch in das Ruhrgebiet im Unterhause hervorgerufen habe, würden von der Regierung geteilt. Die französischen Staatsmänner seien des Glaubens, daß der Druck auf Deutschland seine Wirkung üben werde. Solange sie an diesem Glauben festhalten, wäre es nach Ansicht der britischen Regierung nutzlos, eine Vermittlung anzubieten.

Die Lage im Ruhrgebiete sei derartig, daß jeder ihr Ende herbeiwünschen müsse. Zweifellos habe die französische Regierung durch ihre Operationen im Ruhrgebiete bisher nichts gewonnen, sie hat vielmehr dabei einen schweren Verlust erlitten und es sei ein dauernder Verlust. Aber auch Deutschlands Halsschlagader sei durchschnitten worden und dies müsse zum Ruine Deutschlands führen. Was aber auch das schlechte Ergebnis sein werde, bedeute, was geschehen sei, einen ungeheuren wirtschaftlichen Verlust und schädige die Möglichkeit, Reparationen zu erzielen. Er sei überzeugt, daß die französische Regierung, die bei allem Leid Frankreichs wisse, daß Deutschland noch mehr leide, jeden Versuch einer Vermittlung sehr übel nehmen werde. Es wäre ein großes Unglück, wenn das, wovon er gehofft habe, daß es die Grundlage der Politik seiner Regierung sein werde, nämlich die Zusammenarbeit mit Frankreich für den Wiederaufbau Europas, ganz und gar fallen gelassen werden müßte. Niemand wünsche einen Konflikt mit Frankreich, wenn er sich nur irgendwie vermeiden lasse. (Allgemeiner Beifall.) Was den Plan der Bildung eines europäischen Blocks ohne Großbritannien anlangt, so glaube er nicht, daß irgend ein französischer Staatsmann ernstlich an etwas derartiges denke.

Darauf wurde die Erörterung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Marokkanische Franzosen.

Katzenberg, 7. März. (Wolf.) Das Zollamt in Maxau und die Gemeinde Knillingen sind besetzt worden. Die Besetzung von Maxau erfolgte durch 50 Marokkaner, die am Bahnhof untergebracht sind. In Knillingen sind 100 Franzosen mit 3 Offizieren eingedrückt, die in der Turnhalle Quartier genommen haben.

grausamen, teuflisch-verschlagenen Geßler von Fritz Körtner entgegenstellte.

Das Staatstheater hat überhaupt bisher am besten gearbeitet. In Jürgen Fehling hat es einen Regisseur, der seine bisher an der Volksbühne bewunderte Gabe, unauffälligen Schauspielern ein Gesicht zu geben, ein Ensemble um Typen zu bereichern, die ein personreiches Stück beleben, in einem altherkömmlichen Pöfchen auf neue glänzend bewährte Fehling als Regisseur nicht so stark wie Fehner. Er ist kein Regisseur, an dessen Name sich eine bedeutsame Neuierung des Bühnenstils knüpft. Aber er hat eine Art von unauffälliger Vortrefflichkeit, die in Berlin, wo alles gleich sensationell übertrieben wird, einzigartig ist. Er gibt jedem Stück eine schöne und überzeugende Unmittelbarkeit. Er hebt jede Figur heraus und profitiert sie, meist, wie gesagt, indem er nichts anderes tut, als einen Schauspieler an die richtige Stelle zu setzen. Seine Arbeit ist technisch vorzüglich, und seine Einfälle überwiegen nicht das Stück. Er hat sie, er hat viele, aber sie sind niemals Selbstzweck.

Eine solche Kunst der unauffälligen aber echten Originalität hat er jetzt am stärksten von Deilbronn bewahrt. Zum ersten Mal wurde Kleists Ritterkriegspiel als Märchenstück mit einem köstlichen Zauber von Humor gespielt. Die Liebe des Ritters zu einem Bauernmädchen, die er sich kaum leisten darf, weil er als Ritter Anspruch auf eine Adelige und durch die Weissagung eines Traums Hoffnung auf eine Kaiserstochter hat, verliert in solcher Aufführung ihren Hochmut und ihre Härte. Und aus dem Märchengestirb der Aufführung heraus wird die Entdeckung der kaiserlichen Abstammung beim Rätischen eine anmutige Parodie auf den Junkerstolz und ein Märcheneffekt des Dichters, der die hinreichendste Wirkung tut. So konnte das Rätische fast ungekürzt gespielt und fast in jedem Augenblick genossen werden, trotzdem Lucie Maunheim in mehr ein

Aschenbrödel als ein in Traum und Trance selig liegendes Mädchen war. Wie traurig, daß wir Helene Thimig in dieser Rolle noch nicht sehen konnten. Nach ihrer untergegangenen Jungfrau von Orleans muß sie die vollkommenste Verkörperung des Rätischen sein.

Die privaten Theater bieten neben solchen Bemühungen des Staatstheaters, seine Würde zu wahren, eine Folge meist ergebnisloser Versuche, zwischen Literatur und Joke, Dichtung und Operette den Weg des Anstands und zugleich des Erfolges zu gehen. Mit einem großen Ausstattungsstück „Zabonaxola“ erlebte das Theater in der Königgräberstraße einen millionenschweren Reinsfall. Der Versuch, die blässen und zum Teil recht unbedeutenden Szenen aus Gobiens „Renaissance“ durch eine pompöse russisch-expressionistische Ausstattung zugänglicher zu machen, mußte versagen, weil das Publikum, auf das bei solchen Theaterpreisen gerechnet wird, auch die kostbarste Ausstattung ablehnt, wenn sie einen ernststen, sensationlosen Text umhüllt. Macht man, wie Reinhardt und Bernauer, die Bühne nur noch zu einem Ausstattungsspiel mit störendem Text, dann muß man auch ganze und ehrliche Arbeit leisten, auf allen Literaturnobilitäten verzichten und das Theater ganz auf das Niveau der Ausstattungsbühne herunter bringen.

Die Hollaenderbühnen haben in diesem Jahre fast nichts geleistet. Direktionslager waren sie noch nie. Felix Hollaender hat es allerdings furchtbar schwer. Die riesigen Kosten der drei Theater können nur durch eine fast bedenkenlose Hingabe an die Instinkte des neuen Publikums eingebracht werden, deren man sich aber geniert. Das Neue, das sich einmal regte, liegt Hollaender nicht. Er ist bei Reinhardt stehen geblieben und hat keinen anderen Ehrgeiz, als im Stile von 1905 Theater zu machen. Männer vom Range Martins, Vierfels, Bergers läßt er gehen oder stehen. Eine moderne Literatur in seinem Sinne gibt es nicht

mehr. Was heute gewünscht wird, versteht er nicht, in Form von anständigem Theater wiederzugeben.

Dies verstanden zu haben, ist das Verdienst von Victor Barnowsky in dieser Saison. Zuerst zeigte er im Lessingtheater in einer durch Emil Jannings untergegangenen Darstellung des Lechat den Typus des französischen Kaffee in Octave Mirbeau's „Geschäft ist Geschäft“, und nachdem ihm die Engstirnigkeit des Nationalismus die Aufführungen verbot, in Sternheims „Bürger Schippel“, den deutschen Kleinbürger der Kaiserzeit auf der Bühne.

Bei einem Vergleich zwischen Mirbeau und Sternheim fällt nicht so sehr der Unterschied zwischen dem Theaterschriftsteller und einem Theaterliteraten als der Unterschied zwischen deutscher und französischer Bekämpfung der Bürger auf. Sternheim stellt nicht den deutschen Bürger mit revolutionärem Haß dar, sondern er verachtet ihn aus der Perspektive einer feineren Geisteskultur, einer vornehmeren Gestaltung. Sternheim überwindet niemals den Simplizissimus-Humor, der, indem er den andern hinhält, sich selbst perfiziert, ohne es zu wissen. Der Proletarier Schippel wächst in das Bürgerium hinein, indem er dank seiner Stimme in ein Männerquartett von muffigen Epischbürgern aufgenommen und dann der Ehre eines Duells gewürdigt wird. Sternheim hebt den Proleten über den Bürger hinaus, aber er zieht ihn wieder hinab, um den Ehrgeiz des Arbeiters zu verhöhnen, recht bald Bürger zu werden. Für Sternheim ist der Bürger verächtlich, dumm, kulturlos, ein Kriecher, von verlogener Heuchelei. Für Mirbeau — so stellt der Sohn der revolutionären Bourgeoisie den Bürger als furchtbares Raubtier dar. Wild, genussüchtig, bedenkenlos, ein Barbar, der läuft, verht, vergnügt, ein gefährlicher und bedenkenloser Intellekt des Rassens und Herrschens. Und so spielte ihn Jannings, als eine wulstige aber humorvolle

Inland.

Spaltung in der Partei der tschechoslowakischen Sozialisten (Nationalsozialisten.)

Die tschechische nationalsozialistische Partei ist schon seit mehr als Jahresfrist von kaum überbrückbaren Gegensätzen erfüllt. Auf der einen Seite stehen die alten Nationalsozialisten Střevný und Křofác, auf der anderen der radikale sozialistische Flügel unter Führung des Dr. Brubenský. Schon mehrmals ist es zu Auseinandersetzungen zwischen diesen zwei Strömungen gekommen und die Vertreter der Partei haben in der Öffentlichkeit schon zu verschiedenen politischen Problemen nicht die gleiche Stellungnahme an den Tag gelegt. Bei der Abstimmung über das Dezembergesetz kritisierte es im Abgeordnetenklub der Partei bereits bedenklich. Dennoch aber gelang es damals, die Unbeimäßigen zu zwingen, für das Gesetz gegen ihre eigene bessere Überzeugung zu stimmen.

Wie wir bereits gestern melden konnten, ist nunmehr der Konflikt in der Partei offen ausgebrochen, als zur Abstimmung über das Schutzgesetz geschritten wurde. In der Erklärung, die der Abgeordnete Bartošek um Mitternacht im Parlament abgab, um die Abänderungsanträge der tschechoslowakischen Sozialisten zu begründen, heißt es unter anderem: „Es greift mir zur Ehre, daß mich ein Teil der Abgeordneten meines Klubs beauftragt hat, der Stimme des Gewissens, welche deutlich aus den Reihen unserer Parteimitglieder ertönt, Ausdruck zu geben. Unsere Anhänger haben nicht den Kerker gefürchtet, als die Stimme des Gewissens es ihnen verwehrte, andere Wege zu gehen. Diese guten Menschen waren die Träger des Gedankens dieses Staates und nach dem Umsturz diejenigen, welche die Revolution geführt haben. Diese Menschen haben in ihrem Leben auch den Sinn der Geschichte der tschechischen Nation ausgedrückt und ihnen gehört oder soll das Recht gehören, um ernst und entscheidend zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Ihr Leute der alten Welt geht zu weit im Abbauen des Wertes unserer Revolution!“ Redner betont sodann, daß ihm die Republik teuer sei, daß er und seine Anhänger aber nicht vor gewissen Opfern zurückschrecken werden, so wie sie nicht zurückgeschreckt seien in einer Zeit, da das Maß der Verbrechen der alten Tyrannen voll wurde. Bekanntlich wurde Bartošek sofort von seinem bisherigen Klubabmann Slaviček desabonniert.

Der Klub der tschechischen Sozialisten hielt in den gestrigen Vormittagsstunden eine Sitzung ab, in der er einen Aufruf an die Parteimitglieder beschloß, in dem es unter anderem heißt: „Wenige Stunden vor der Abstimmung über das Schutzgesetz erklärte Abg. Dr. Brubenský, daß er und seine Freunde das Gesetz nur dann annehmen können, wenn der Klub die Genehmigung weiterer 23 Abänderungsanträge, die von Dr. Bartošek formuliert wurden, durchsetzt. Als es nicht gelang, diese Verbesserungen durchzudrücken, hat der Klub mit 20 gegen vier Stimmen alle Mitglieder zur Abstimmung für das Schutzgesetz verpflichtet. Nach diesem bindenden Beschluß haben vier Klubmitglieder, ohne den Vorsitzenden Dr. Slaviček zu verständigen, ihre Abänderungsanträge mit den Unterschriften der kommunistischen Abgeordneten, nicht nur der tschechischen, sondern auch der deutschen und magharischen überreicht. Im Plenum des Abgeordnetenhauses haben sie die Partei, von der sie die Mandate erhalten haben, durch

Masse Fleisch, die mit einer Handbewegung aus der Luft Millionen zusammenstrich und einsackte, ein Halbaffe, Genüßling, Verpeuder, aber mächtig und erschütternd im Zusammenbruch. Es war die stärkste Leistung der Bühne seit Jahren und ihr Erfolg war so groß wie es nur das Echo der Zeit sein kann.

Im Bürger Schippel wiederholte die Regie von Karlheinz Martin die köstlichsten Einfälle der untergegangenen Aufführung unter Reinhardt. Es war wie ein Abschied von der älteren, vergangenen und wohl auch fast untergegangenen Epoche des deutschen Bürgertums, das seine Manieren und Laster seitdem zwar verschlechtert, aber doch auch verändert hat. Unter Reinhardt wirkte das breit ausgefallene Genrebild aus der Häuslichkeit und dem öffentlichen Leben des deutschen Spieglers wie ein Satire auf die Gegenwart; unter Martin wie eine Parodie auf die Vergangenheit. Und das ergab auch den Unterschied der Wirkung des so viel älteren französischen Stückes gegenüber dem neueren. Das deutsche ist veraltet, das französische aktuell. Das deutsche sticht, das französische schlägt zu. Mirbeau ist „nur“ ein „Macher“, wie man das hierzulande nennt, aber doch wahrer und lebendiger als Sternheim, der Satire und Psychologie gesucht, aber nur eine besessene, ungehörliche Parodie gefunden hat. Daher war Mirbeau ein Riesenerfolg. Sternheim ein viel kleiner. Raffes führen alltäglich in ihren mit Arzobildern gefüllten, perfumierten und elektrisch erhellten Autos im Lessingtheater zu Jannings vor. Statt zu Sternheim gehen Raffes lieber zur Törichten Jungfrau. Aus Patriotismus wurde die „Carmen“ so auch Mirbeau abgesetzt. Aber die deutschen Nationalisten wird das nun nicht veranlassen, zu Wilhelm Tell zu gehen. Der bleibt Theater fürs Volk, das seinen Haß gegen die fremden Böge mehren soll, um seine eigenen zu vergessen.

die oppositionelle Rede Dr. Bartoschek und dadurch, daß sie abweichend von den übrigen Mitgliedern des Abgeordnetenhauses stimmten, öffentlich kompromittiert. Die Folge dieses Vorgehens war, daß die Plenarsitzung des Klubs, die heute früh stattfand, mit allen gegen vier Stimmen die Erklärung des Dr. Slavicek gutheißt und feststellt, daß sich Dr. Bartoschek, Draxl, Landa-Sinich und Dr. Brbenšky laut Klubstatut selbst außerhalb des Rahmens des Klubs der tschechoslowakischen sozialistischen Abgeordneten gestellt haben.

Nicht unerwähnt möchte bleiben, daß gerade am Dienstag, als der Bruch in der Partei in offener Sitzung des Abgeordnetenhauses zu Tage trat, das Ultimatum abließ, das Abgeordnete Brbenšky an das „České Slovo“ wegen Zurücknahme der Kündigung zweier Redakteure, die seine Politik unterstützten, gestellt hatte. Charakteristisch ist auch, daß das Mittwochabendblatt des „České Slovo“ bereits über die genannten Abgeordneten in rüdester Weise herfällt, während sie noch am Dienstag als „Brüder“ bezeichnet wurden. Das „Právo Lidu“ glaubt natürlich auch, die genannten vier Abgeordneten höhnen zu müssen, indem es von Bolschewiken spricht. Wie weit Brbenšky ein Teil der Anhänger der Partei hinter sich hat, wird sich ja zeigen.

Die Zensur in der Tschechoslowakei. Stellungnahme des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Die am 2. März 1923 in Amsterdam ausgegebenen Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes melden:

Nach dem im Dezember v. J. stattgefundenen Internationalen Friedenskongress im Haag waren Berichte über ihn in allen Gewerkschaftsblättern und sozialistischen Zeitungen erschienen. Nun hat die „Gewerkschaftliche Rundschau“, das Mitteilungsblatt des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei, einen Bericht des Delegierten des Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht, von dem zwei Stellen dem Zensur der Staatsanwaltschaft zum Opfer gefallen sind. Es wurde der Beschluß des 2. Internationalen Gewerkschaftskongresses zu Rom im April 1922 konfirmiert, der lautet: (Folgen die konfirmierten Stellen, die wir aus prägnanten Gründen nicht wiedergeben können.)

Die Regierung scheint also mit der vom Internationalen Gewerkschaftsbund eingeleiteten Friedensbewegung nicht nur nicht einverstanden zu sein, sondern scheint trotz aller Friedensbetuerungen an das Kriegsführen zu denken.

Könnte sie sonst die Zensuren veranlassen, Zeitungen zu konfiszieren, die vom Generalstreik gegen den Krieg schreiben?

Wer hat das Hauptverdienst? Darüber äußert sich die „Narodni Listy“ bei der Wiedergabe der Rede des tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Meißner:

Dem Abgeordneten Meißner gebührt der Hauptteil des Verdienstes um das Gesetz zum Schutze der Republik. Seine Arbeit war gründlich, ausdauernd und grundlegend. Ihm gebührt auch der schuldigste Dank für die ausgezeichnete Rede, die er heute nachts vortrug. Dr. Meißner schloß seine Ausführungen damit, daß er erklärte, die Demokratie könne nicht Schwäche und Unentschiedenheit sein, sondern strenge Ordnung und daß es die Pflicht der koalitierten Parteien ist, daß sie in diesem Augenblick den entschiedenen Willen bekunden, hinter ihrer Entscheidung zu stehen und die Verantwortung zu tragen. Alle koalitierten Parteien klatschten ihm Beifall.

„Strenge Ordnung“ — diese Terminologie muß die Begeisterung der „Narodni Listy“ erwecken, die natürlich diese strenge Ordnung stets nur von den anderen verlangen, während sie, wenn ihre Anhänger die „strenge Ordnung“ verlangen, ihnen Beifall zollen. Das Lob des nationaldemokratischen Blattes für den tschechischen Sozialdemokraten Dr. Meißner verdient für alle Zeiten festgenagelt zu werden!

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses beginnt um 10 Uhr vormittags. Auf der Tagesordnung befinden sich die zweiten Lesungen des Gesetzes zum Schutze der Republik und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof, das Gesetz über die Aufhebung des Verbotes der geheimen Ausführung von Bedarfsartikeln nach dem Ausland, das Gesetz über die Veränderung der Konstitutionsordnung, der Regierungsantrag über die Genehmigung der Genfer Protokolle vom 5. Oktober 1921, das wirtschaftliche Ermächtigungsgesetz und schließlich der Vertrag über die gegenseitige Rechtshilfe der Tschechoslowakei und Deutschlands.

Die letzte Sitzung des verfassungsrätlichen Ausschusses vor den Osterfeiertagen hat gestern stattgefunden. Die Vorlage über das Erlöschen alter Forderungen in der Slowakei und Karpathenland wurde unbedeutend angenommen. Weiter folgte der Ausschuss die Verhandlungen über das Telegraphengesetz fort, über welches Abg. Dr. Batejdl, der im Namen der Subkommission über die in den Paragrapfen 15 bis 20 vorgeschlagenen Änderungen Bericht erstattete, sprach. Nach einer Debatte, an der sich drei Redner beteiligten, wurde die Gesetzesvorlage angenommen. Endlich referierte über die Gesetzesvorlage betreffend den slowakischen Bergbau noch Abg. Dr. Deyer, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Der Jersal der Partei der fortschrittlichen Sozialisten, der mit dem Januarkongress der fortschrittlichen Sozialisten begonnen hatte, schreitet

wie die „Prager Presse“ zu berichten weiß, weiter fort. Die Partei hat am 1. März beschlossen, eine Reihe von Oppositions-Organisationen aufzulösen, darunter auch die Organisation in Brno, deren Mitglied der ursprüngliche Begründer der Partei der Abg. Modráček ist. Damit ist Modráček tatsächlich aus der eigenen Partei ausgeschlossen worden. Nach Informationen der „Lidové Noviny“ steht hinter Modráček der größte Teil der fortschrittlichen Sozialisten, besonders die Prager Vereinigung und der Gau Olmütz. Der Beschluß des Aktionskomitees erweist somit den Eindruck, als habe die Minderheit die Majorität ausgeschlossen. In ähnlicher Weise ist auch Dr. Vondruška aus der Partei ausgeschlossen worden und einem zweiten bedeutenden Funktionär der Partei, dem Professor Dr. Wacek, droht das gleiche Schicksal.

Die Gemeindevahlen werden — nach dem „Prager Abendblatt“ — in den Monaten Juli, August und September stattfinden, und zwar in der ganzen Republik, also auch in Karpathenland.

Telegramme.

Der „Opfermut“ der deutschen Großindustrie.

Paris, 7. März. (Savas.) Der Reichszentraler Cuno hat in seiner Rede im Reichstage erklärt, daß der Staat und die deutsche Wirtschaft freigegeben werden, über das Zusammenwirken der französischen Industrie mit der deutschen zu verhandeln. In französischen Kreisen wird in dieser Richtung auf das Protokoll der ersten Sitzung der Pariser Konferenz verwiesen, welches im Selbstanhang enthalten ist. Es enthält die Mitteilung Poincarés über die Demarche des deutschen Botschafters, welcher von der französischen Regierung verlangte, daß sie vor Ende Dezember Einreise und Silberberg empfangen, welche bereit seien, mit den französischen Industriellen zwecks Austausch von Rohstoffen für Erze in Beziehungen zu treten. Auf die Anfrage, ob dieser Austausch auf Rechnung der Reparationen ausgeschrieben würde, konnte der deutsche Botschafter Dr. Maier nicht antworten, gab aber zu verstehen, daß ein solches Geschäft außerhalb der Reparationsrechnung stünde. Diese Demarche beweise, daß die deutsche Industriellen Kasse für den Verkauf hatten, daß sie es aber abgelehnt haben, ihn auf das Reparationskonto zu liefern. (Und dieser Schluß ist ungeachtet aller Tendenzmache des Savasbüros wirklich blutig und zwingend. D. R.)

Steigen des Markkurses.

Berlin, 7. März. (Eigenbericht.) Da zahlreiche Industrielle aus Geldnot ihren Devisenbesitz auf den Markt werfen, sind die ausländischen Devisen wieder im Kurse gesunken. Der Verlauf der Leipziger Messe zeigt, daß ein weiteres Steigen der Mark für die deutsche Wirtschaft die schlimmsten Folgen haben könnte. Deutschland verliert dadurch die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Der Dollar fiel auf 2,623, das englische Pfund auf 97,075, der Schweizer Franken auf 3887 und die tschechische Krone von 698 auf 611.

Sozialdemokratischer Wahlerfolg.

Wien, 7. März. (Eigenbericht.) Bei den Wahlen in die Personalvereinerung der Postanstalten haben die freien Gewerkschaften einen großen Erfolg errungen. Von 18.006 Stimmen entfielen auf sie 11.464. Die vereinigten Christlichsozialen und Deutschnationalen erhielten 5.232 Stimmen, der Rest entfällt auf eine neutrale Fachgewerkschaft. Die freien Gewerkschaften erhalten daher von zwölf Mandaten acht. Von den 122 Wiener Vertrauensmännermandaten entfallen auf sie 91.

Achtzehnmonatige Dienstzeit in Frankreich!

Paris, 7. März. Der Senat hat im Laufe seiner gestrigen Beratungen, nachdem der Ministerpräsident bezüglich der 18monatigen Dienstzeit die Vertrauensfrage gestellt hat, den Artikel zwei des Gesetzesentwurfes, der die Dauer der Dienstzeit auf 18 Monate festsetzt, durch Hände aufheben angenommen.

Hungerstreik in Lemberger Gefängnissen.

Lemberg, 7. März. Blättermeldungen zufolge befinden sich in Lemberger Gefängnissen 150 politische Verbrecher, hauptsächlich Ukrainer, welche der Teilnahme an der Sabotage in Ostgalizien angeklagt sind. Wie der „Promadsk“ berichtet, haben diese Verbrecher vor einigen Tagen mit dem Hungerstreik begonnen.

Genosse Fleißner jährlicher Ministerpräsident?

Dresden. (Tsch. B.) Wie verlautet, wird bei der bevorstehenden Neubildung des Kabinetts der Ministerpräsident Bud, der dem rechten Flügel der Sozialdemokraten angehört, auf seine Wiederwahl verzichtet. Die sozialdemokratische Partei hat in Aussicht genommen, an seiner Stelle den bisherigen Kultusminister Fleißner, der früher der unabhängigen Partei angehört hat und der 1918 in Sachsen die Republik ausgerufen und das Königtum abgesetzt erklärt hat, zum Ministerpräsidenten zu wählen.

Aus Essen ausgewiesen!

Ein Wiener Genosse, der beim „Ruhr-Echo“ in Essen als Buchdruckmaschinenmeister beschäftigt war und von den Franzosen ausgewiesen wurde, wollte gestern in ungeringer Reibung. Er schreibt über seine Erlebnisse während der Franzoseninvasion in Essen und über die allgemeine Lage im Ruhrgebiet:

Ich erhielt Mitte Februar durch ein Zeitungsinferat eine Stellung als Buchdruckmaschinenmeister beim „Ruhr-Echo“ in Essen. Ende Februar wurde das Blatt vom französischen Besatzungs-Kommando übernommen und erschien von da an unter dem Namen „Echo de Ruhr“. Die Verwaltung des Blattes übernahm das französische Propagandabüro, das wieder dem Büro II (Spionagebüro) unterstellt war. Da das Blatt nun nur in französischfreundlichem Sinne arbeitete, legte die gesamte Arbeiterschaft des Blattes die Arbeit nieder.

Am 2. d. ließ mich ein französischer Major des Propagandabüros holen und fragte mich, ob ich gegen eine Extrazulage von 150 Franken weiterarbeiten wolle. Auf meine Verneinung hin gab er mir zwei Stunden Bedenkzeit. Da ich weiter auf meinem ablehnenden Standpunkte verblieb, wurde ich verhaftet und mit noch 37 Verhafteten unter militärischer Bewachung aus dem Besatzungsgebiet ausgewiesen.

Die Besatzungstruppen, besonders die jüngeren Jahrgänge, benehmen sich im besetzten Gebiete wie Straßenräuber. Die Straßenbahnen wurden angehalten, die Fahrgäste ausgeplündert. Ebenso friedlich des Weges gehende Passanten. Aus Geschäften, in denen den Truppen der Warenverkauf verweigert wurde, entfernten sie sich, und erschienen nachher mit Verstärkung. Sie raubten die Lohse aus und verwirklichten den Rest der Waren in unsinnigster Weise. Eine Spezialität dieser Horden war die Belästigung von Frauen; diese mußten sich nicht wiedergebende Worte und Gebärden gefallen lassen. Ein höherer Beamter der Krupp-Werke wurde eines Abends von Soldaten auf der Stelle vollständig entkleidet; dafür gaben ihm die Soldaten eine französische Zeitung als „Reigenblatt“. — Beschwerden werden im besten Falle mit einer Verantwörtung, sonst mit Kolbenstößen und Prügelein beantwortet.

Infolge der Uebernahme der Bahnen durch französisches Eisenbahnpersonal, das sich mit dem Mechanismus der deutschen Apparate nicht zu recht findet, sind schon viele Zusammenstöße und Entgleisungen vorgekommen. Doch diese Unfälle werden durch die Besatzungsbehörde wieder vertuscht oder verheimlicht.

Ausweisungen von Gewerkschaftssekretären und Vertrauensmännern (Betriebsräten) sind an der Tagesordnung. Doch sondersbarerweise werden nur Sozialdemokraten ausgewiesen. Auffallend ist weiter, mit welchem Wohlwollen die Kommunisten behandelt werden. Das Schönste aber ist, daß halbwegs berücksichtigungswürdige Beschwerden der Kommunisten meistens glatt erledigt werden. Man ist in Arbeiterkreisen der Ansicht, daß die kommunistische Partei hier denselben Standpunkt einnimmt wie im Saargebiet. Die Nationalsozialisten (Hakenkreuzler) dagegen agitieren für einen bewaffneten Widerstand und versuchen die Arbeiter zu Sabotageakten zu verleiten. Ihr Führer Hittler unterrichtet sie durch ansehnliche Geld- und Agitationsmittel. So hat man vor kurzem in Gelsenkirchen circa 200.000 Flugchriften beschlagnahmt. Das Zentrum, das in Westfalen besonders stark ist, verhält sich gegenüber den Uebergriffen der Franzosen ruhig und absehend.

Tages-Neuigkeiten.

Der Pétka parlamentarische Jagd.

(Zu singen nach der Melodie von Körners: „Liljewe wilde Jagd.“)

Was wälzt sich ins Parlament hinein?
Hör's näher und näher brausen.
Es hallt sich zusammen in düsteren Reihn
Und Vordrehtträger reihen sich ein
Und erfüllen die Seele mit Grauen.
Und wenn ihr die schwarzen Gefellen fragt:
's ist der Pétka parlamentarische Jagd.

Wo die Pulddelk fliegen, das Tintenohh klein,
„Staptscheinde“ geborgen sich meinten,
Da naht es schnell mit Kommandoschrein
Und wirft sich mit rüstigen Armen hinein
Und einen Gegner fragen zu drein
Und zu zehn die tapfer Verleuten.
Und wenn ihr die Armbindleute fragt:
's ist der Pétka parlamentarische Jagd.

Was braust dort im Saale die laute Schlacht,
Was schlagen die Anpüppel zusammen?
Kantischbewehrte schlagen die Schlacht
Und wer am Freiheit glaubt, wird ausgelacht,
Und die Scham verdrängt in den Flammen.
Und wenn ihr die schwarzen Schergen fragt:
's ist der Pétka parlamentarische Jagd.

Wer ist jetzt zufrieden beim Lampenlicht
Und beim Straten, geschmottet und gefettet?
Es sucht ihm der Fasel im Angesicht,
Doch die wackeren Herzen erzittern nicht,
Das Schutzhafes ist ja gerettet ...
Und wenn ihr nach den Wahlen sie fragt:
Das war der Pétka blamabelste Jagd.

Das Geburtstagsgeheimnis.

Der gestrige Mittwoch, der in der Geschichte dieser Republik einer der überbelasteten, unheilvollsten Tage bleiben wird, hat auch eine der widerwärtigsten Gewohnheiten des habsburgischen Oesterreich wieder auferstehen lassen: das Geburtstagsgeheimnis an das Staatsoberhaupt. Denn daß das Schutzgesetz als ein solches gedacht ist, den Bedanken hat nicht etwa ein Beratungsminister Majarnt ausgedacht, sondern die staatsstreuen „Narodni Listy“ entblöden sich nicht, zu schreiben: „Es gibt sicherlich keine bedeutendere Feier dieses Tages als die Lat, welche die koalitierten tschechischen Parteien durch das Gesetz zum Schutze der Republik gesetzt haben. ... Der Geburtstag des Präsidenten ist mit einem bedeutungsvollen politischen Akt verbunden, durch den die große Mehrheit der Nation für den Schutz und die Festigung der Republik manifestiert, welcher Präsident Majarnt einen so großen Teil seines Lebenswerkes gewidmet hat.“ Es gibt keine bereitere Kundgebung an diesem Tage, als eine Abstimmung, durch die die Vertreter der tschechoslowakischen Nation so demonstrativ ihre Ueberzeugung zum Ausdruck gebracht haben, daß die Demokratie Ordnung bedeute.“ Na — Grabesordnung.

Wer erinnert sich angefaßt dieser traurigen „Schande“ nicht unwillkürlich der diversen, gewöhnlich nicht volksfreundlichen Gezeiten, die im Eiltempo erledigt wurden, um sie am 18. August dem huldvoll lächelnden Franz Joseph präsentieren zu können? entfällt nicht die zweiwöchigen Erhöhungen des Heereskontingents, die, des alten Kaisers heißes Vergehrt, just zum 18. August bewilligt wurden, um so jene Armee zu schmieden, die den Untergang Oesterreichs unter Blut und Tränen erkämpft hat? und gedenkt schließlich des 18. August 1914, an welchem die österreichischen Truppen völlig planwidrig nach Belgrad vordrangen, damit ja dem Kaiser zu seinem Geburtstag die feindliche Hauptstadt „zu Füßen niedergelegt“ werden könne? Zwar hat das Unternehmen eine Anzahl Opfer gekostet und sich seiner Ueberlebenszeit wegen bitter gerächt, aber was tats? Im entscheidenden Augenblick brannten Belgrads Häuser ja doch als solenne Geburtstagsfackel.

Franz Joseph liegt in der Kapuzinergruft, das habsburgische Oesterreich ist in Schande und Schmach vermodert, Seipel bittet in Belgrad demütig um Freundschaft — die solenne Geburtstagsgedenke aber sind geblieben. Wenn nicht in Wien, so doch wenigstens in Mitteleuropa treuestem Nachfolgerstaat, der Tschechoslowakischen Republik. In ihrem republikanischen Unabhängigkeitsgefühl verehrten die Volksvertreter dem Staatspräsidenten, der sich so etwas tatsächlich nicht vermerkte und nicht verdiente, das Schutzgesetz in wahrhaft geburtsstagswürdiger Aufmachung: Rußt — von Kindertrompeten, Pultbedeln und Lokomotivpfeifen leiteten die Feier erhebend ein, Ringkämpfe — zwischen Abgeordneten und Mitgliedern bideren den gymnastischen Teil des Festes, der imposante Zug aus — Parlamentariern, die an Händen und Füßen aus dem Saal getragen wurden, wollte gar nicht enden, mit seltener Einstimmigkeit der Ueberzeugung wurde, nachdem — alle Andersdenkenden abgezogen oder verewaltigt worden waren, der Gesetzesantrag zum Beschluß erhoben. Ein Hohr auf Demokratie, Recht, auf menschlichen und politischen Anstand, das war das Geburtstagsgeheimnis der tschechischen Volksvertreter an Majarnt, den vorbildlichen Schöpfer der verfolgten Unschuld, den Demokraten mitten zwischen den Schergen des Absolutismus, den Verführer einer freieren, besseren Zukunft. Die Trikoloren, die ihm zu Ehren Mittwoch von Brügeln Dächern und Giebeln wehen, mußten seinem Herzen und seiner Seele bitter wehtun. Denn sie zeigten ihm, daß sein Volk ihn zu ehren wisse, daß dieses Volkes gewählte, politische längst sterbensreife Vertreter aber alles, was der heutige Präsident sein Verlaug manhaft verfochten hatte, rücksichtslos und machtberaubt zu Boden trampeln.

Der oberste Kriegsherr. Bei der Feier, welche die Prager Garnison zu Ehren von Majarnts Geburtstag veranstaltete, wurde, wie das amtliche Presbüro meldet, auch ein „Armeebefehl des Kriegsministers verlesen, den die Truppen mit Hochrufen auf ihren obersten Kriegsherrn begleiteten“. Woraus die Einwohner dieses Staates entnehmen können, daß sie wieder einen „obersten Kriegsherrn“ haben.

Der Scharfrichter Wohlthäter hat, wie wir hören, über höheren Auftrag der Mittwochfestung im Rudolfinum beigevoht. Da er die letzten Exekutionen nicht völlig wunschgemäß vollzogen haben soll, mußte er als Zuschauer in dieser Sitzung lernen, wie man jemanden völlig schmerzlos abwürgt. Wohlthäter hat, wie uns mitgeteilt wird, nach vollzogener Hinrichtung zugegeben, daß er noch nie eine seiner Kundschaften so glatt hinüberbefördert habe, wie es gestern der Prager Bevölkerung mit der tschechoslowakisch-republikanischen Freiheit gegeben ist.

Aus der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Als der kommunistische Abgeordnete Mikulíček vor Beginn der Sitzung des Plenars der Beratungssaal des Abgeordnetenhauses betreten wollte, fand er alle Saaleingänge geschlossen und durch Diener bewacht. Der Abgeordnete Mikulíček wollte hineingehen, um sich die Drupe von seinem Tisch zu holen. Der Diener, der beim Saaleingang stand, sagte ihm: „Herr Abgeordneter, wir haben Befehl, niemanden nach innen zu lassen, so lange nicht die Präsenzliste aufgelegt wird, weil sonst irgend jemand eine Bombe in den Saal legen könnte.“ — Als die kommunistischen Abgeordneten aus dem Saale geschickt wurden, gingen die meisten tschechischen Sozialdemokraten hinaus. Nur die Abgeordneten Profesch und Hummelhaus schmunzelten lächelnd, auch der auf der Galerie sitzende Senator Dr. Soukup war sichtlich beunruhigt. Es wird ihnen das Lachen schon vergehen! — Der kommunistische Abgeordnete Darula sprach über die von der Polizei unternommene Attade gegen die Demonstration und erzählte, daß ein Polizist in der „Lucerna“-Passage einer Frau in den Bauch einen Fuftritt verfeigte. Der tschechische Sozialist Laube rief: „War sie nicht schwanger?“ Es geht doch nichts über das Gemüt dieser Edlen. — Das „Rudé Právo“ schreibt: Der Masseneinmarsch der Polizei ins Abgeordnetenhause erweckte natürlich Aufmerksamkeit. Den Polizisten wurde ihre antilige Uniform ausgezogen und sie wurden mit schwarzen Kleidern, die mit einer rot-weißen Binde versehen waren, bekleidet. An der Brust prangten weiße Binden mit den Worten „Parlamentní stráž“ (Parlamentswache). Durch das Umschleiden der Polizisten von Polizeiuniformen in Zivilkleidung und ihre Auszeichnung durch eine rot-weiße farbige Binde wurde allerdings nichts an ihrem Verufe geändert.

Ein Beitrag zur Psychologie der „Einheitsfrontler“. Ein Genosse schreibt uns aus Gablonz: Am Samstag, den 4. März, fand in Dessen Dorf bei Gablonz eine Konferenz der Kristallglas- und Glasarbeiter statt. Hier wurde u. a. auch der Ausschluß des Herrn Brambora, Aufsicht, aus dem Zentralverbande der Glasarbeiter erörtert. Diese Ausschließung hatte sich als nötig erwiesen, weil der genannte Brambora sich in größtmöglicher Weise gegen die gewerkschaftliche Organisation und Disziplin vergangen hatte. Dem Vorgehen der Verbandleitung gegen Brambora wurde zugestimmt. Nur einer von den ganz Unentwegten, der hyperbolische Kommunist Braun, konnte sich nicht beruhigen. Und im Verlaufe seiner Ausführungen rief er aus: „Lieber kann man sich mit den Nationalsozialisten an einen Tisch setzen als mit manchem Gewerkschaftssekretär!“ Herr Braun spricht hier nur abermals aus, was in den letzten Wochen im Gablonzer Gebiete so oft in die Erscheinung getreten ist, daß nämlich die Beziehungen zwischen den „Gelben“ und den sozialistengeschmiedeten Moskaujüngern immer enger sich gestalten. Das Wort des Herrn Braun ist überaus kennzeichnend für die feilsche Verfassung unserer Kommunisten und Einheitsfrontschwärmer. Eine ebenso charakteristische Ergänzung zu dem angeführten Ausspruch bildet der Satz, den der Chefredakteur des „Vorwärts“, Bauer, sich in Morchenstern leistete und der in seiner lapidaren Kürze lautet: „Die Kommunisten in Morchenstern haben alle wichtigen Positionen im öffentlichen Leben und in der Verwaltung — für sie ist daher die Einheitsfront überflüssig.“

Die dritte und vierte Hinrichtung in der Republik! Eine Doppelhinrichtung wird, wie die „Narodni Democracie“ meldet, in den nächsten Tagen in Pilsen vollzogen werden. Zwei magyrische Soldaten, die in der Slowakei eine Reihe von Raubmorden verübt hatten,

werden im Hofe des Kreisgerichtes hingerichtet werden. — Das Geschick des Herrn Wohlshlager blüht also!

Gendarmerie gegen kommunistische Arbeiter. Aus Kuffrig wird uns gemeldet: Für gestern Mittwoch nachmittag hatte die kommunistische Partei in Kuffrig eine Demonstrationsversammlung gegen das Schutzgesetz angefangen und durchgeführt. Der bei der Versammlung anwesende Regierungsvertreter unterbrach zu wiederholten Malen die Redner und löste schließlich die Versammlung auf. Als die Demonstranten nicht sofort auseinander gingen, trat das zusammengepackte starke Gendarmenaufgebot in Aktion und drängte die Versammelten mit Gewalt durch die Leptigerstraße vom Marktplatz hinaus. Es kam zu wiederholten Zusammenstößen, in deren Gefolge zahlreiche Auslageständer zertrümmert wurden. — Man sieht, daß die Heldentaten der Prager Polizisten am letzten Sonntag bereits in der Provinz Schule gemacht haben. Denn was den Prager Polizisten recht ist, muß doch den Gendarmen in Kuffrig billig sein.

Gendarmerie und Polizei schützen das Schutzgesetz. Für Dienstag abends hatten die tschechischen Kommunisten in Brünn in die Zeller Turnhalle abermals eine Protestversammlung gegen das Schutzgesetz einberufen. Sie war so stark besucht, daß nicht alle Besucher im Saale Platz fanden und eine zweite Versammlung auf der Straße abgehalten werden mußte. Nach den Referaten formte sich ein Zug, der in die innere Stadt ziehen wollte. Die Polizei stellte sich ihm entgegen und es kam zu Zusammenstößen. Die Erregung steigerte sich noch, als Gendarmen mit aufgezogenen Bajonetten eingriffen. Die Polizei machte von den Gummiknüdeln wieder ausgiebigen Gebrauch. Nur dem Einzelgänger der Ordnung war es zu danken, daß es nicht zu größeren Ausschreitungen kam. Sie hielten die Demonstrationen davon ab, in die innere Stadt zu ziehen, wo gerade ein Fackelzug zu Ehren des Präsidenten der Republik stattfand.

Die Uebergriffe der Staatspolizei in Eger. Für Sonntag, den 4. März, 10 Uhr vormittags, hatte die deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei in Eger eine öffentliche Volksversammlung mit der Tagesordnung „Das Schutzgesetz, ein Ausschlag auf die politische Freiheit“ einberufen; sie meldete diese Versammlung Donnerstag, den 1. März, vormittags, bei der Staatspolizei in Eger an. Während die politische Bezirksverwaltung Versammlungsanmeldungen, die drei Tage vorher erstattet wurden, stets anstandslos zur Kenntnis genommen hatte und dieser Brauch schon seit vielen Jahren auch im alten Oesterreich überall gehandhabt wurde, verweigerte sich die Egerer Staatspolizei darauf, daß die Anmeldung 72 Stunden vorher zu erfolgen habe und daß an diesem Zeitraum 1 Stunde fehle; sie unterlagte daher die Abhaltung der Volksversammlung und lehnte damit zu dem veratorischen Verhalten jurid. wie es in den reaktionärsten, schwärzesten Zeiten des Polizeiregimes allen freiheitlichen Regungen gegenüber gehandhabt wurde. Von diesem Verbot ließ sich die Egerer Staatspolizei durch keinerlei Vorstellung abbringen; es blieb nichts anderes übrig, als die Volksversammlung durch eine öffentliche Versammlung des Vereins „Vorwärts“ zu ersetzen. Um seiner Tätigkeit die Arzene aufzusetzen, schickte der Leiter der Egerer Staatspolizei zu der Versammlung im Säulenhause 20 Polizisten, die, mit Gummiknüdeln bewaffnet, in einem Nebenraume der Dinge harrten, die da kommen sollten. Seit vielen Jahren hatte es die Polizei nicht für notwendig gehalten, zu derartigen Polizeimahregeln zu greifen, die im höchsten Maße aufreizend und erbitternd wirken. Darunter zeichnete die Abg. Genossen Dr. Soltschew, Silkebrand und Balme in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses

folgende Fragen an den Minister des Innern: 1. Billigt der Minister das in der Interpellation geschilderte Vorgehen der Staatspolizei in Eger? 2. Ist er bereit, dem Leiter der Staatspolizei in Eger den Auftrag zu geben, daß er die Versammlungsfreiheit respektieren, zwecklose, überflüssige Zwangsmahregeln unterlassen und die von den ihm zugehörenden verfassungsmäßigen Rechten Gebrauch machende Bevölkerung nicht durch Sektakturen aufreizen und erbittern soll?

Die „letzte Zigarre“ und das „letzte Bier“ der Hakenkreuzler. Die Hakenkreuzler, besonders die Hochschüler, werden bekanntlich seit letzter Zeit intensiv für die Schaffung eines arischen unabhängigen Werbezettel, in denen es nach dem „Nordböhmischen Volksboten“ u. a. heißt: „Allgemein wird anerkannt, daß eine Um- und Ausgestaltung und Organisation des Volkswesens in arisch-nationalen Sinne für uns zur ersten Lebensfrage geworden ist, immer stärker wird der Ruf nach einer befreienden Tat. Tüchtige verlässliche Männer sind bereit, sich an der Führung zu beteiligen. Aller Augen sind heute auf die neue Organisation gerichtet, man erwartet durchgreifende Maßnahmen und wird sich nicht täuschen. Die Zeitung aber verlangt, daß jeder seine Pflicht me und wenn er auf die letzte Zigarre und das letzte Bier verzichten muß.“

Jüriwahr jetzt wird es ernst! Denn wenn der arische Hochschüler oder sonst ein Hakenkreuzler auf seine „letzte Zigarre“ und auf das „letzte Bier“ verzichtet wird, dann kann die „befreiende Tat“ beginnen. Aber wird einer auf sein Bier verzichten? Die bisherige Erfahrung sagt „Nein“. Fühlt sich doch der Hakenkreuz-Hochschüler bei ausgiebigem Biergenuss am wohlsten und germanischer! Wie sollen dann ohne „Germanentrunk“ Taten vollbracht werden?

Fünfhundert Kirchenaustritte an einem Tage in einem Wiener Bezirk. Die Agitation der organisierten Freidenker, die von dem Gedanken ausgeht, daß auch die bloße Zugehörigkeit zu einer Kirche den Akerikalismus trägt, bringt, wie die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ meldet, immer tiefer in die Massen der Wiener Bevölkerung. In allen Bezirken Wiens macht sich in der letzten Zeit eine starke Austrittsbewegung bemerkbar. In Favoriten sind am letzten Samstag nach den amtlichen Protokollen 432 Personen aus der Kirche, in der überwiegenden Mehrheit aus der römisch-katholischen Kirche, ausgetreten. Nur fünf davon haben sich der evangelischen Konfession zugewendet; alle übrigen sind konfessionslos geworden. Da die Kinder nicht besonders gezählt wurden, ergibt sich für diesen einen Tag allein eine Gesamtzahl von mehr als fünfhundert. Die Größe dieser Zahl springt erst in die Augen, wenn man bedenkt, daß in Favoriten in ganzen Jahr 1922 nur 754 Kirchenaustritte zu verzeichnen waren, von denen nur 349 Personen konfessionslos wurden. 1921 wurden in Favoriten nur 236 Personen konfessionslos. Der letzte Samstag bildet aber keine Ausnahme. Montag traten wieder 359 Personen aus der Kirche aus — die Kinder nicht mitgerechnet —; Dienstag waren es wieder mehr als 400. Auffallend sind die vielen Frauen, die der Kirche den Rücken kehren, ferner viele Kriegsinvalide, unter ihnen wiederum Schwerverletzte, gelähmte, arme Menschen, ohne Beine, die erklären, sie wollen mit dem Christentum des Herrn Prälaten Seipel nichts mehr zu tun haben, das sie „abbaut“, sie aus ihrer letzten Heimstätte brutal vertreibt.

Arbeitslosigkeit. In New York ist, wie wir gestern bereits berichteten, der unter dem Namen „Die menschliche Fliege“ bekannt gewordene Artist Howard Young bei einem Kletterversuch für eine kinematographische Aufnahme von der Außenwand eines Hotels aus der Höhe des achten Stockwerkes

abgestürzt und tot liegen geblieben. In Washington, von wo Young nach New York gekommen ist, soll er Metallarbeiter, nach anderen Mitteilungen Dachdeckerhilfe gewesen sein. Seine Spezialität: die ihm den Beinamen „Menschliche Fliege“ brachte, bestand darin, daß er, einer Fliege gleich, an den Fassaden der Wolkenkratzer emporkletterte, konnte jeden Gefühlsvorsprung zum Aussehen der Fuge zum Anklamern der Hände ausnützend. In New York wurde er sofort sehr populär, als er eines Mittags an der Außenfront eines Hotels emporkletterte und bis zur Höhe des obersten Stockwerkes gelangte. Tausende von Menschen sammelten sich in der Straße an und verfolgten das aufregende Schauspiel. Auf der Höhe des obersten Stockwerkes angelangt, ließ sich Young, nur mit einer Hand an einem Gefühlsvorsprung feilhaltend, mit der anderen dem in der Straße angesammelten Publikum zuwenden, photographieren. Nach dieser ersten Klettertour hat er sofort zahlreiche Engagementsanträge von Varietebühnen und Kinounternehmungen erhalten. Mit einem dieser Kinounternehmungen hatte er dann einen Vertrag abgeschlossen und bei einer solchen Klettertour an einer Häuserfront empor, die er zum Zwecke einer kinematographischen Aufnahme unternahm, hat die „Menschliche Fliege“ jetzt den Tod erlitten.

Tschechisch-nationale Rechenschaft. Die „Narodni Democracie“, das chauvinistischste tschechische Heftblatt, berichtet über das Mittelschulwesen in diesem Staate und schreibt, daß von 389 Mittelschulen 118 deutsche Unterrichtssprache haben. Da es 74.619 „tschechoslowakische“ und 24.544 deutsche Mittelschüler gibt, so kommt die „Narodni Democracie“ zu dem Schlusse, daß die Deutschen, obwohl sie nur ein Drittel der Mittelschüler stellen, die Hälfte (!) aller Mittelschulen innehaben. Der Verfasser dieser Notiz in der „Narodni Democracie“ scheint die Schulbau nicht allzulange gedrückt zu haben. Rechnen hat er zumindest sicher nicht gelernt, denn 118 sind nach Adam Riese nicht die Hälfte von 389!

Die Eröffnung der Prager Muttermesse hat gestern in feierlicher Weise im Prager Rathaus stattgefunden.

Ueberfall auf den Abg. Laube. Der tschechisch-nationalsozialistische Abgeordnete Laube wurde Dienstag nacht auf seinem Heimwege vom Abgeordnetenhaus auf dem Hofstater Kai bei der Ryshradler Verbindungsbrücke in Prag von dem Köhler Josef Vodrážka überfallen und im Gesicht blutig verletzt. Vodrážka wollte nach der Tat über die Eisenbahnbrücke flüchten, wurde aber von Polizisten eingeholt und verhaftet. Auf dem Wege zur Ryshradler Wachtube verfeigte der Täter einem Oberwachtmann einen heftigen Schlag ins Gesicht.

Theatre-Varieté. Mit einem ausnahmslos rühmlichen Programm wartet in der 1. Märzhälfte das Theatre-Varieté seinem Stammpublikum auf. Erstaunliche Dressurakte, sabelhafte gymnastische und Artistleistungen, ebenso erstaunliche Virtuosenkünste, Tanzszenen von zum Teil arduosiger und exzentrischer, zum anderen Teil von ungemein lapriziöser und amütiiger Darstellung wechseln in bunter Folge ab. Ob the great Ostin, der unheimliche ästhetische Jamborer oder die entzückende Gert Benzl in ihren bewundernden Tanzvariationen, ob die an graziöser Behendigkeit und zugleich halsbrecherischer Verwegenheit kaum zu überbietenden Produktionen der Mar-Gem-Grigorch-Gruppe oder die famosen Harmonika-Virtuosen, ob diese oder jene von dem weiteren halben Duzend Varietésommern als der Clou des Programms angesehen wäre — wir wissen es nicht und auch anderen Zuschauern wird die Wahl recht schwer gemacht werden. Alles in allem: Ein Reigen schenswerter Leistungen, der den dreistündigen Aufenthalt angenehm macht. Wer verlangt noch mehr?

Verbreitet die Arbeiterpresse.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (19)

Obwohl das Schreiben streng verboten und mit Arrest belegt war, zeichnete Ernst mit einem Stumpf von Zimmermannsblei eine Reihe Gedanken auf braunes Postpapier und überlegte tagelang, wie er diesen Aufsatz dem Geistlichen in die Hände spielen sollte. Dazu reimte er ernst und andauernd Nebeln, die irgendeine sittliche Erkenntnis oder Folgerung ausdrücken. Diese geistigen Spaziergänge mußten unter strengstem Ausschluß der Dessenlichkeit geschehen, denn sie verletzten gegen die Hausordnung und hätten Ernst nur ins Loch gebracht, wenn jemand dahinter gekommen wäre.

Morgen schloß Ernst Löhners Stunde. Zum letztenmal ging es im Zug der anderen in die gemeinschaftliche Schlafzelle. Die Kameraden kamen zu Ernst auf Bett, auf die Gefahr hin, eingelockt zu werden, und banden ihm Stränge und kleine Aufträge ins Gewissen.

„Du wirst doch hoffentlich nicht unterwegs wieder verschütt gehen! ... Steh' die Hand wenigstens so lange in der Tasche, bis du daheim bist und ausgerichtet hast, was du anschieben sollst. Dann kannst du von mir aus wieder kommen, wenn die Sehnsucht so groß ist.“

Ernst mußte lächeln.

Sie sollten ganz beruhigt sein, er denke nicht so rasch an ein Wiedersehen.

„Das hat noch jeder gesagt, Junge, und übermorgen war er schon wieder im Kittchen. Wenn die Schwalben heimwärts ziehen ... Was?“

Es fielen ihm gar nicht ein, diesen Saustall nochmals von innen anzuschauen, er hätte vollständig genug.

„Nichts verreden, Junge, bloß nichts verreden! Vielleicht kommst du das nächste Mal als Aufseher. Was willst du dagegen machen?“

Die wildspöttischen Scherz- und Neckreden dauerten noch eine ganze Weile. Die Stode schnitt sie kurz und lärmend ab.

Fünf Sträflinge kamen mit Ernst Löhner zur Entlassung. Die Abgangsjelle ist der einzige helle Raum im ganzen Gefängnis. Keuchend gliedert sie jeder anderen Zelle. Sie ist nicht weniger dumpf und dunkel, und die Eisengitter zerbrechen den Blick hier wie überall im Haus. Doch alle Gedanken kreisen um diesen Raum, schmüden ihn aus mit besten und schönsten Gefühlen, und nach keiner hat seine letzte Strafzeit hier verlebt ohne festesten Vorsatz, nie wieder hinter Mauern zu kommen. Solange diese Zelle schon steht und soviel Tausende sie beherbergt hat, geschlafen wurde in ihr noch nicht viel, weil keiner schlafen will, dem morgen die Welt wieder geschenkt wird, die tolle, wirre und so heißgeliebte Welt.

Ernst irrte über seine Kleider. Zehn Monate hatten sie in einem Sad gelegen, rochen durchdringend nach Kampfer und waren ihm wunderbar fremd geworden. Immer wieder zog er die Weste stramm, schnellte die Hosenträger vor, die ihm ein Wunder schienen, und stampfte, die Brust vorgepreßt, in der Zelle hin und her. Die anderen taten desgleichen. Die Gesichter leuchteten, die Bort floßen leicht und spielerisch wie Bälle, und die Stimmen blühten förmlich auf. Die Erwartung hatte alles Rauhe und Graue der Haft von den Miden gestreift. Sonst versenkt, trübe und wie mit Spinnweben bezogen, blühten die Augen nun wieder frisch und klar. Es war heimlicher Jubel über den Leuten, ein kinderfroher Geist, bereit, die Welt zu nehmen wie Kinder ihre Gaben vom Weihnachtsstisch.

Nicht hinter Gittern.

Grün und unwirksam wich die Stadt vor Ernst Löhner zurück, der auf dem Bahnhofplatz stand und sich umschaute. Das also hatte er verstanden! Hatte er fast ein ganzes Jahr nicht mehr vor Augen gehabt! Die weit gedehnte Flucht der Straßen und Häuser füllte wieder seinen Blick. Er folgte ihr bis zu dem fernem, seinen Strich, der die Stadt vom Himmel schied, von einem grauen, mürrischen, verdrossenen Himmel. Die senkrechte, rauchig schmedende Luft mit vollen Rüstern jagend, süßte sich Ernst Löhner bis in die letzte Faser getränkt mit altem, vertrautem Dufte, der von gewesenen Freunden und Schmerzigen jetzt noch seinen Hauch herantrug.

Die Menschen haleten um ihn, ganz in eigene Absichten versponnen und achlos für den großen, liebevoll umfassenden Blick des jungen Menschen im verdriektet Rod. Ernst hätte jedem die Hand reichen und ihn Freund heißen mögen, so übervoll war das Herz von bewegter Freude.

Wohin jetzt? Zu den Eltern? ... Ernst mußte lächeln. Er dachte schnell an seinen Flug über den Ocean, an den millionenreichen Erfinder und an die fünfzigtausend Dollar, die er doch auf den Tisch zählen wollte. Siebzehn Mark und siebenunddreißig Pfennige waren sein Reichthum, der Lohn seiner zehnmonatigen Arbeit in Haus Hohburg. Damit konnte er nicht heim ... Aber ein Glas Bier müßte jetzt munden und einige Zigaretten nebenher ...

Hienslich benebelt ging Ernst einige Stunden später aus dem Gasthof. Man war doch geschwächt und konnte nichts vertrauen. Die alten Ancren würden ihn wohl noch kennen. Heber den St. Georgsplatz schwanke, verzog sich Ernst in die abgelegte Aneipe „Zum König von Portugal“. Dort brachte er sich für die nächste Zeit unter.

Zwei oder drei Tage lief Ernst wieder durch die Stadt, bemüht, irgend etwas zu finden, was auf anständige Art zu leben erlaube. Hinter jeder kleinen Möglichkeit, zu arbeiten, war Ernst her, ohne den geringsten Erfolg.

Für körperliche Arbeit sah er zu schwächlich aus, für bessere Arbeit schloß es an der Arbeit, die fadencheinig und zweifelhaft geworden war, und den scharfen Kampfergeruch nicht aufgeben wollte. Die Tage gingen, die Varietät schmolz trotz aller Rechenkünste und zwei Wochen nach seiner Entlassung stand Ernst vor dem vollkommenen Nichts.

Schon eine ganze Woche fristete er sein Dasein in der öffentlichen Kasse. Der angenehme, freundlich durchwärmte Saal hielt ihn von mittags bis abends umschlossen. Zeitungen und Bücher blätternd tat Ernst für Stunden das Bemühtsein ab, und schob Welt und Wirklichkeit aus dem Kreis seiner Gedanken. Thue zu wissen, was er gerade los, gab sich Ernst dem Gedruckten hin und trank das Knistern und Rauschen ungegessener Blätter wie Verheißung schönerer Zeit.

Langsam leerte sich der Saal. Es wurde Zeit zum Ausbruch. Vorsichtig kramte Ernst seine Taschen aus. Ein Loch ... noch ein Loch ... da ein harter Gegenstand, ein Fünfpfennigstück, das sich in dem Spalt — Gott weiß, wie lang! — schon verkrochen hatte, die Quittungskarte, ein Reclamblätterchen — Hebbels Leben — ein Wust zerklüfter, bleistiftbeschrifteter Blätter und ein Briefumschlag. Sinnen weckte Ernst Löhners Blick auf dem Umschlag. Er zog das Blatt heraus und überlas die steilen, edigen Schriftzüge. „An den lieben Gott!“

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Der Londoner Hauptflugplatz. Aus London wird gemeldet: Das Beiratskollegium für Luftschiffahrt empfiehlt in seinem veröffentlichten Berichte, daß der vom Zentrum Londons neun Meilen entfernte Flugplatz Croydon als Londoner Hauptflughafen erhalten bleibe. Gleichzeitig empfiehlt aber der Bericht, den Flugplatz zu erweitern und zu verbessern und zu diesem Zwecke einen Betrag bis zu einer Million Pfund Sterling zu widmen. Der Ausschuss empfiehlt weiter die Errichtung einer Luftschiffahrtverbindungstation auf dem halben Wege zwischen London und Croydon. Der Vorschlag, im Zentrum Londons ein Aerodrom zu errichten, wurde aus Gründen der Kosten und wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse abgelehnt.

Ein seltsame Pflanze. Ein merkwürdiges Naturdenkmal befindet sich in der Nähe der Siedlung Paden im Ostholzer Moor (Lüneburger Heide). Dort ist eine mittelgroße Pflanze vom Sturin umgeworfen worden, so daß ihr Stamm jetzt waagrecht über dem Erdboden liegt. Da ein Teil der Wurzel im Boden stecken blieb und so weiterhin für die Ernährung sorgen konnte, so blieb der Baum am Leben. Dabei haben sich nun die Äste der Pflanze senkrecht aufgerichtet und zu einzelnen baumartigen Gebilden ausgebildet, die ihre Zweige waagrecht nach allen Seiten ausstrecken, während sich die in den Boden hineinragenden Äste der Unterseite zu regelrechten Wurzeln umgewandelt haben.

Eine periodisch versinkende Insel. In jedem Herbst vollzieht sich in einem See in Island, und zwar im Ifungler, eine ganz merkwürdige Naturerscheinung, die wohl einzig in ihrer Art sein dürfte. In dem genannten See liegt nämlich eine ziemlich große, flache Insel, die mit Gras bewachsen ist, und auf der im Sommer Heu geerntet wird. Die Insel wird also von Menschen betreten, die dort ihrer Beschäftigung des Grasschneidens und Erntens ohne Gefahr nachgehen. Will man aber im Herbst, etwa zu Ende Oktober, oder Anfang November, der Insel einen Besuch abstatten, dann bemüht man sich vergebens, man findet keine Insel mehr; sie ist spurlos verschwunden. In jedem Frühjahr erscheint die seltsame Insel stets an derselben Stelle des Sees an der Oberfläche, und in jedem Herbst verschwindet sie wieder im Wasser. Aber noch niemals ist dieses Verschwinden beobachtet worden, es geschieht nach Meinung der Umwohner des Nachts; aber es ist wohl noch keine langandauernde Beobachtung durchgeführt worden, sonst hätte man den Zeitpunkt des Versinkens sicher schon feststellen können. Während man früher das Heben und Sinken der Insel geheimnisvollen Kräften, Dämonen und Wassergeistern zuschrieb, kennt man heute längst den Grund dieser seltsamen Erscheinung. Auf dem Grunde des Sees geht in der schwammigen torfigen Substanz der Insel beim Eintritt der Wärme im Frühjahr eine mächtige Gasentwicklung vor sich. Unzählige Gasblasen, die sich in der Insel ansammeln und nicht nach oben entweichen können, heben die Insel wie einen Ballon aus dem Wasser empor. Mit Eintritt der Kälte im Spätherbst hört die Entwicklung des Sumpfgases auf, die mit Gas erfüllten Blasen und Bläschen unter und in der Insel verschwinden nach und nach, bis eines Tages das ganze Eiland, dem Geleß der Schwere folgend, laut- und spurlos wieder versinkt. Die Entstehung dieser merkwürdigen Insel ist höchst wahrscheinlich in der Weise vor sich gegangen, daß sich in früheren Zeiten ein großes Stück des schwammigen Seebodens losgelöst hat und von dem entwickelten Gas an die Oberfläche getragen worden ist. Während des Sommers heben sich auf diesem schwimmenden Stück Land Gräser und andere Pflanzen an, die im Laufe der Zeit die Decke immer fester, dichter und härter machten, bis sie ihren jetzigen Zustand erreichte, der uns auf jeden Fall eine höchst eigenartige, interessante Bildung der Natur vor Augen führt.

Gerichtssaal.

Verurteilung.

Prag, 6. März. Heute wurde der Dieb Alois Sajek aus Smichow von einem Strafensatz zu vier Monaten schweren Kerker verurteilt, weil er als Vertrauensmann und Kassier der Metallarbeiter-Erbsgruppe in Smichow 10.700 K veruntreut hatte. Sajek versuchte heute sich dadurch zu zureden, daß er erklärte, seine Frau habe ihm das Geld gestohlen.

Wegen Mordes zum Tode verurteilt.

Pilsen, 7. März. Das hiesige Schwurgericht fällt heute nach 1 Uhr früh das Urteil im Prozesse gegen den 41jährigen Obstgärtner Franz Baskel aus Drazen im Mautliner Bezirke, den 21jährigen Anecht Karl Husnik und dessen Schwäger, die 23jährige Franziska Husnik, beide aus Pilsen, wegen des in der Nacht vom 16. Juli 1922 an der 23jährigen Gattin Baskels begangenen Mordes, welche in ihrer Wohnung erschlagen wurde. Husnik hat auf Anklagen Baskels, welcher mit der Husnik ein intimes Verhältnis hatte, beim Mord direkt Verstand gehalten. Die Husnik wußte von dem Verbrechen und wurde so eine entfernte Mitbeteiligte des Mordes. Die Geschworenen bejahten sämtliche Fragen mit Zustimmung, und infolgedessen wurden Baskel zum Tode durch den Strang, Husnik zu schwerem Kerker von zwölf Jahren, Franziska Husnik zu neun Jahren mit entsprechenden Verschärfungen verurteilt.

Ein Todesurteil in Budapest gegen einen tschechoslowakischen Spion.

Bien, 7. März. (Eigenbericht.) Der Budapest Militärgerichtshof hat heute hinter verschlo-

senen Türen den Zivilisten Paul Simon, angeblich einen Tschechoslowaken, wegen Spionage zum Tode verurteilt.

Noch ein Budapest Urteil.

Bien, 7. März. (Eigenbericht.) Der Budapest Strafgerichtshof verhandelte heute gegen den Abgeordneten der republikanischen Partei Beer, der wegen republikanischer Propaganda auf Grund des Gesetzes zum Schutze des Königtums vom Jahre 1913 angeklagt war. Beer verteidigte sich durch den Hinweis auf die Unklarheit der jetzigen Gesetze und erklärte, ein Königtum ohne König sei eine Lächerlichkeit. Er wurde aber zu einer ein- bis zweijährigen Gefängnisstrafe, drei Jahren Ehrverlust und 20.000 Kronen Geldstrafe verurteilt.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Entlassung des Ersatzmannes eines Betriebsauswahngmitgliedes ist unzulässig. (Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes. Von der Schiedskommission in Karlsbad wurde am 30. Mai 1922 wegen Entlassung des Ersatzmannes des Betriebsauswahngmitgliedes N. B. durch die Firma Löw, Porzellanfabrik in Vessau, wie der Karlsbader „Volkswille“ meldet, das Erkenntnis gefällt, daß die Entlassung des Betreffenden unzulässig ist. Die Firma hat gegen diese Entscheidung die Berufung beim Obersten Verwaltungsgericht eingereicht und wurde abgewiesen. Aus der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichtes Nr. 1166-23 wollen wir einen Teil der Entscheidung nachstehend wiedergeben:

Die Gründe dieser Entscheidung beruhen auf der Erwägung, daß ein Ersatzmann, welcher zur Vertretung eines Mitgliedes des Betriebsauswahngmitgliedes im Falle seiner Verhinderung berufen ist, nach der Intention des Gesetzes denselben Schutz genießen soll, welchen das Mitglied des Betriebsauswahngmitgliedes genießt. Wenn auch § 22 des Gesetzes über die Betriebsauswahngmitglieder ausdrücklich nur von Mitgliedern des Betriebsauswahngmitgliedes spricht und nur die Bestimmung führt, daß diese mit Zustimmung der Schiedskommission aus der Arbeit entlassen werden dürfen, müsse doch dieser Schutz auch auf die Ersatzmänner bezogen und die Entlassung eines Ersatzmannes aus der Arbeit ohne diese Zustimmung als unzulässig angesehen werden.

Der Ersatzmann eines Betriebsauswahngmitgliedes ist zur Tätigkeit im Betriebsauswahngmitgliedes nur dann berufen, wenn jenes Mitglied des Betriebsauswahngmitgliedes, für welches er gewählt erscheint, wegfällt, er beteiligt sich vielmehr an der Verhandlung des Betriebsauswahngmitgliedes auch schon dann, wenn das Mitglied, für welches er gewählt wurde, verhindert ist (§ 10, Abs. 4).

Es ist richtig, daß der § 22 nur von Mitgliedern des Betriebsauswahngmitgliedes spricht, allein hierdurch wird die Anschauung der belangten Behörde noch nicht widerlegt.

Denn das Gesetz spricht auch an anderen Stellen nur von Mitgliedern des Betriebsauswahngmitgliedes, und trotzdem kann im Hinblick auf die Intentionen der bezüglichen Bestimmungen kein Zweifel darüber obwalten, daß das Gesetz auch die Ersatzmänner des Betriebsauswahngmitgliedes im Sinne hat; dies ist zum Beispiel der Fall bezüglich der Vorschrift über die Verhinderungspflicht der Betriebsauswahngmitglieder (§ 3, Abs. 3, und § 28), über das Verbot, in die Verwaltung und den Betrieb des Unternehmens einzugreifen (§ 3, Abs. 2, und § 28), über die Wahl eines Mitgliedes aus der Gruppe der Minderheit (§ 7, Abs. 2), über die Funktionsdauer der Betriebsauswahngmitglieder (§ 20, Abs. 2), über die Beendigung der Funktion der Mitglieder des Betriebsauswahngmitgliedes (§ 21). Zogar der Absatz 1 des § 22 selbst, der der strittigen Bestimmung unmittelbar vorangeht, spricht von den Ansprüchen auf Entlohnung nur bezüglich der Mitglieder des Betriebsauswahngmitgliedes, ohne daß der leiseste Zweifel aufkommen kann, daß diese Bestimmung auch die Ersatzmänner des Betriebsauswahngmitgliedes im Auge hat. Aus dem Umstande allein, daß das Gesetz im Absatz 2 des § 22 lediglich von Mitgliedern, nicht aber auch ausdrücklich von Ersatzmännern des Betriebsauswahngmitgliedes spricht, kann daher noch nicht geschlossen werden, daß das Gesetz den Ersatzmännern den durch diese Bestimmung geschaffenen besonderen Schutz nicht gewähren will; es ist daher notwendig, die Antwort auf die vorliegende Frage eher in den Intentionen der gesetzlichen Bestimmung zu suchen.

Prager Mustermesse. An der Prager Frühjahrsmesse, die am Sonntag eröffnet wird, beteiligen sich 1931 Firmen, die sich vermutlich noch um etwa 100, welche Anfang März eingereicht werden, steigern dürften. An der Messe, welche bis zum 25. März dauert, beteiligen sich 163 Firmen, welche einen Gesamtübersicht über das hochentwickelte Baugewerbe geben. Die Möbelmesse wird bis zum 25. März gleichfalls verlängert. Ferner beteiligt sich die Metallindustrie mit 463 Firmen, die Elektrotechnik mit 71 Ausstellern, die Textilbranche mit 214, die Konfektion mit 123, die Galanterie mit 105, die Lederindustrie mit 97 erstklassigen Firmen. Glas und Porzellan ist durch 51, das Kunstgewerbe durch 26, Chemie, Lebensmittel und Läder durch 157, Papier und Graphit mit 81, Musikinstrumente und Spielwaren mit 45, Gold und Juwelen mit 20 Exportfirmen vertreten.

Verschlebung der Nachverhältnisse in einer Wiener Großbank. Die Wiener Antonbank ist durch Transaktionen, die bereits seit einiger Zeit im Gange sind, in andere Hände geraten. Den größten Teil der Aktien hatte bisher eine Dresdener Bank und die beiden Nachkriegsgewinner Castiglioni und Bosel. Nun hat der Letztere etwa

80 Prozent der Aktien erworben und wird Präsident der Bank werden. Castiglioni selbst wird eine eigene Großbank gründen.

Ungarischer Gewerkschaftskongress. Der siebenbürgische Gewerkschaftskongress in Ungarn findet am 25. März statt. Diese Tagung ist ein Jubiläumskongress, da der ungarische Gewerkschaftsrat in diesem Jahre 25 Jahre besteht.

Polen setzt die Einfuhrabgabe auf Kohle herab. Der „Gazeta Warszawska“ zufolge beabsichtigt das Ministerium für Handel und Industrie eine Verordnung zu erlassen, wonach die bisher geltende 40prozentige Einfuhrabgabe bei der Einfuhr der ausländischen Kohle aufgehoben werden wird. Diese Maßnahme ist dadurch veranlaßt worden, weil die Kohlenproduzenten im polnischen Teile Oberschlesiens den Kohlenpreis für den inländischen Verbrauch fortwährend in die Höhe schraubten, so daß der Preis der ober-schlesischen Kohle gegenwärtig 141.000 deutsche Mark pro Tonne beträgt. Dagegen liefern diese Produzenten die ober-schlesische Kohle an Deutschland zu viel niedrigeren Preisen. Das Ministerium erwartet, daß durch die Aufhebung der 40prozentigen Einfuhrabgabe für ausländische Kohle der Preis der ober-schlesischen Kohle, der bereits die Höhe der Weltmarktpreise erreicht hat, herabgedrückt werden wird.

Die französischen Gewerkschaften zur Sozialversicherung. Angesichts des aktuellen Interesses, welches die Frage der Sozialversicherung in der Tschechoslowakei gegenwärtig findet, sei nachstehend die Resolution angeführt, welche bei den ersten Febrertagen stattgefundenen französischen Gewerkschaftskongress beschlossen hat. Die Entschließung lautet:

Im Monat März 1921 hat die französische Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf über die Sozialversicherung unterbreitet. Dieser Entwurf umfaßt die Alters-, Kranken-, Invaliden- und Mutterschaftsversicherung. Er räumt den Arbeitern eine tatsächliche Mitwirkung in allen Verwaltungsinstanzen ein, die den Bestimmungen des Gesetzes zufolge nötig werden. Der Kongress sprach sich zugunsten des Entwurfs aus, da er einerseits eine feste Grundlage für die soziale Versicherung bildet und andererseits der großen Arbeitermasse bestimmte Vorteile sichert. Auch die Verteilung der finanziellen Lasten auf alle dabei interessierten Gruppen findet den Beifall des Kongresses. Er geht dabei von dem Standpunkt aus, daß, wenn die Arbeiter finanziell zu den Lasten der Versicherung nicht herangezogen werden, dieselbe unter dem Mantel der Menschenfreundlichkeit einer verschleierten Unterstützung durch den Staat oder die Arbeitgeber gleichkommen würde, während die Arbeiter letzten Endes dennoch die Unkosten zu tragen hätten.

Gleich nach dem Kriege hatte der Gewerkschaftsbund seine Forderungen hinsichtlich der Sozialversicherung aufgestellt. Der Gesetzentwurf der Regierung ermangelt in erheblichem Maße der Vollständigkeit — die Arbeitslosenversicherung ist überhaupt nicht vorgesehen — der Kongress ist aber der Ansicht, daß es hauptsächlich darauf ankommt, daß endlich ein Anfang zu verzeichnen sei und ein erster Schritt getan werde.

Der Kongress fordert demnach die Gewerkschaften auf, durch eifrige Propaganda die möglichst schnelle Erledigung des Gesetzentwurfes über die sozialen Versicherungen zu erzwingen.

Große Aussperrungen in Schweden. Im Laufe der letzten Wochen sind etwa 80.000 schwedische Arbeiter auf die Straße geworfen worden; 20.000 Arbeiter in der Eisenindustrie, 17.000 in der Holzstoffherstellung, 25.000 in den großen Sägemühlen und 20.000 in der Holzkohlenherstellung; bedroht sind außerdem die Arbeiter der mechanischen Industrie, des Baustoffgewerbes und der Papierfabrikation. Den Anlaß zu diesen Aussperrungen gab die Forderung der Unternehmer, die Löhne um 10 Prozent herabzusetzen, in der Eisenindustrie handelt es sich außerdem um die Frage der Arbeitszeit. Die wahre Ursache liegt aber darin, daß diese Gewerkschaften, die sämtlich für den Export arbeiten, nunmehr unter Mangel an Aufträgen leiden, (besonders schwer kommt der Ausfall Deutschlands, eines wichtigen Konsumenten der schwedischen Holzverarbeitungsindustrie, in Betracht) und es für rentabler halten, die Betriebe stillzulegen. Für die Arbeiter ist aber diese unfriedliche Stilllegung höchst verhängnisvoll, da ihnen von Amts wegen die Arbeitslosenunterstützung verweigert wird. Denn so wird das schwedische Arbeitslosenunterstützungsgesetz amlich ausgelegt: es handle sich um einen „Generalkonflikt“, und in diesem Falle verliere der Arbeiter das Recht auf Arbeitslosenunterstützung. Auch die produktive Verwendung der Ausgesperrten bei Rosslandsarbeiten wird ihnen verweigert. Die Vertreter der Arbeiter in der Kommission für Arbeitslosigkeit hat gegen diesen unmöglichen Zustand Protest erhoben.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1595.00
London	1587.50
Wien	1587.50

Prager Kurze.

	Geld	Ware
100 böhm. Gulden	1254.00	1258.00
10.000 Mark	1587.50	1687.50
100 belg. Franken	182.25	183.75
100 schweiz. Franken	636.75	639.25
1 Pfund Sterling	160.75	162.25
100 Lire	164.25	165.75
1 Dollar	34.10.00	34.50.00
100 franz. Franken	208.25	209.75
100 Dinar	34.75.00	35.25.00
100.00 poln. Kronen	116.00	120.00
10.000 ungar. Kronen	762.50	862.50
10.000 österr. Kronen	462.50	512.50

Züricher Schlusskurze.

	Geld	Ware
Paris	32.57.00	32.65.00
London	25.17.00	25.20.00
Berlin	0.024.00	0.025.00
Mailand	25.6.00	25.67.50
Holland	211.65	212.50
Wien	0.0074.50	0.0075.50
Budapest	0.17.50	0.18.00
Brux	15.90.00	16.00
New York	5.35.00	5.38.50
Belgrad	3.50.00	3.50.00
Warschau	0.01.12	0.01.37
Wien gen.	0.00.00	0.00.00

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Die Bezirksorganisation Prag veranstaltet Donnerstag, den 8. März d. J. um 8 Uhr abends im Saal des Restaurants „Goldenes Kreuz“, Prag 2, Refektaria, eine Mitgliederversammlung der Genossen aller Bezirke Groß-Prags. Tagesordnung: „Der Kampf gegen das Schuggesetz und die Beschlüsse des Reichsausschusses“. Referent Gen. Dr. Strauß. Parteilegitimationen mitnehmen!

Ortsgruppe Prag des sozialistischen Jugendverbandes. Die Jugendgenossinnen und -Genossen der Ortsgruppe Prag beteiligen sich Donnerstag, den 8. März d. J. vollzählig an der abends 8 Uhr im „Reuz“, Refektaria, stattfindenden Versammlung der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Prag.

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Donnerstag, Gastspiel Kramer in „Der Widerspenstigen Zähmung“. Morgen „Mörder, Hoffnung der Frauen“, „Sankta Susanna“ und „Das Ruch-Ruch“.

Kleine Bühne. Heute und Sonntag „Es“, morgen „Ingeborg“, Samstag abends und Sonntag nachmittags „Extemporale“.

Arbeitervorstellung. Gastspiel Aukla, „Der Jägerbaron“. Sonntag nachmittags halb 3 Uhr im Deutschen Theater. Kartenverkauf Optiker Dentsch, Graben 25 (Kleiner Bazar).

Turnen und Sport.

Eishockey. Die Europameisterschaft im Eishockey, die jetzt in Antwerpen ausgetragen wird, hat folgende Termine: Dienstag, 7. März: Frankreich gegen Belgien, Tschechoslowakei gegen Schweden. — Heute, 8. März: Schweiz gegen Belgien, Frankreich gegen Schweden. — Freitag, 9. März: Tschechoslowakei gegen Frankreich, Schweiz gegen Schweden. — Samstag, 10. März: Tschechoslowakei gegen Belgien, Frankreich gegen Schweiz. — Sonntag: Tschechoslowakei gegen Schweiz, Belgien gegen Schweden.

Wettspiele in Prag. Samstag: Sparta gegen VfB, Ruzsich SK gegen Slavoj Zilow, Viktoria gegen Olympia 7. — Sonntag: Wacker Halle gegen VfB, Städtespil Pilsen gegen Prag, VfB gegen Meteor Weinberge, Viktoria Zilow gegen Slavoj Zilow, Sparta Rosice gegen Gchie Smichow, Viktoria gegen Rodlitz.

Ein neuer Drei-Meilen-Hallenweltrekord. New York, 1. März. Der Finnländer Ritoia verbesserte den Hallenweltrekord im Laufen über drei englische Meilen auf 14:15.8. Im geschlagenen Felde befand sich auch Noie Mah. (Pr. Pr.)

Mitteilungen aus dem Publikum.

Wie verbillige ich meine Schuhe? Diese Frage ist sehr reich beantwortet. — Jeder, der dies tun will, kauft sich die berühmten „Person-Gummi-Abfälle“ und „Person-Gummi-Sohlen“. — Diese sind bedeutend billiger und dauerhafter als Leder und wer diese Preise mit denen der Beschlagspreise vergleicht, muß zu dem Schluß kommen, daß er durch Verwendung von „Person-Gummi-Abfällen“ und „Person-Gummi-Sohlen“ sich seine Schuhe um ein Bedeutendes verbilligt. 1447a

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: O. Soltik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau.

Tischlergasse 6, 1002
empfehlen sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugchriften, Faktionen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.
Alle nicht lagernden oder wo immer angefordigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.
die Beantwortung einer Unmenge von Verwaltungsfragen. **Roads Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der
Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau
Theatergasse 18.